INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 101 10. Mai 1990

Über 15.000 Menschen auf der revolutionären Ersten Mai Demo 1990 in Westberlin: Alle 365 Tage Erster Mai

VORWORT:

Ein bißchen enttäuscht waren wir schon, als wir nach der Woche Pause unsere Post öffneten: wir hatten mit vielen Beiträgen und Stellungnahmen zum 1.Mai gerechnet und fanden nur den Beitrag des 1.Mai-Plenums und einen LeserInnenbrief (später noch die Erklärung zum Anschlag auf Data-Domizil). Aber was läßt sich schon dazu sagen? Alles ist glatt gelaufen und somit alle rundum zufrieden?
Festzuhalten bleibt, daß die Teilnahme von 15000 Menschen an der revolutionären 1.Mai-Demo ein Riesenerfolg ist - aber er bleibt symbolisch. Diese Stärke läßt sich erstmal nicht in den Alltag der nächsten Tage verlängern - die BesetzerInnen des Werra-Blocks werden 2 Tage später ohne viel Aufruhr geräumt. Und es bleibt unsere faktische Ohnmacht gegenüber der Presse und der Medienrealität: erst das Aufblasen des 1.Mai's zur Endschlacht zwischen Zivilisation und Barberei durch die TAZ, dann das (tendenzielle) Unter-den-Tisch-fallen-lassen der Demo und des Festes (der Tagesspitzel erwähnte nicht einmal die TeilnehmerInnenzahl). Nur an einigen Randerscheinungen und dem abendlichen Zoff wird sich hochgezogen - denn eins darf nicht sein: daß wir Autonomen auch politisch zielgerichtet handeln, ein verbotenes Fest durchsetzen und organisieren können und die mobilisierungsfähigste sozialrevolutionäre Kraft in der Stadt sind. Auch dieses Blättchen ist da meilenweit überfordert dieser Medienmacht etwas Adäquates entgegenzusetzen.
Trotzdem sind offensichtlich Viele dem Geschreibsel der Taz nicht aufgesessen, "sind nicht zu Hause geblieben, haben nicht gelernt und die Kinder gehütet", sondern sind mit ihnen zur Demo gekommen. Auffällig war aber schon, daß die Beteiligung von Menschen aus der "Alternativszene" deutlich greinger war, dafür jede Menge Kids und Jugendliche dabei waren - und nicht nur aus Wessiland und der DDR.

Doch was heißt das für uns? Gilt es nicht den politischen und sozialen Rahmen zu schaffen, in dem sich diese 15.000 einbringen und verhalten können, und so zu einer Kraft an 365 Tagen im Jahr zu werden? Zum Beispiel das neue AusländerInnengesetz faktisch außer Kraft zu setzen?
Bedeutend war aber auch die Beteiligung aus Ost-Berlin, die auf ihre Demo zwei Stunden vorher 2.000 Menschen mobilisierten, und es freut einen einfach, die Aufruf-Plakate zur rev. 1.Mai-Demo an den S-Bahn-Endpunkten Bernau und Straußberg geklebt zusehen.

Auf dem Fest fehlten uns trotz der guten und trotzigen Stimmung viele Stände - so haben wir zwar die Initiative ergriffen, uns das Fest wiedergeholt (auch gegen die Kommerzstände der letzten Jahre und das Verbot) und die Reformisten ins Abseits gestellt; aber eine Darstellung unserer Widerstandskultur ist es noch nicht - das soll es aber nächstes Jahr werden.
Zu den Aktionstagen hatten wir das Gefühl, daß sie zu 90% "intern" waren, nur die Fahrrad-Demo zum Shell-Aktionstag entwickelte eine Ausstahlung über den Kern der Szene hinaus und war mit über 1.000 TeilnehmerInnen eine spaßige Radtour durch die Stadt. Aber eine Ausweitung in eine solche Breite, daß es Shell materiell anknackst (und nicht nur symbolisch) gelingt im Augenblick auch hiernicht. Wir wünschen uns eine Auswertung der Aktionstage, die berücksichtigt, daß weder massenhaft Leute aus der Szene an den Aktionen teilnahmen noch "breitere Bevölkerungskreise"; und auch die Fragen diskutiert, ob dies an den Aktionsformem oder an den Inhalten oder an Anderem liegt.
Probleme hatten wir damit, daß wir auf der VV am Donnerstag den Kinderblock "brauchten", um über verantwortlichen Umgang mit Militanz und den inhaltlichen Zielen der Demo (zum Beispiel gesellschaftliche Breite) zu reden. Und hätte nicht da schon die Demo-Vorbereitungs gruppe die Vermummung problematisieren können, als es noch diskutierbar war, und nicht erst auf der Demo über eine Lautsprecherdurchsage.
Wir finden es richtig, auch unsere Schwierigkeiten und Probleme zu benennen. Das hätte auch der Presseerklärung des rev. Mai-Plenums gut getan, die einwenig in den aalglatten Stil von Presseverlautbahrungen verfällt. Wir sind noch etwas mehr als "wunderbar und überglücklich"; wir erwarten von einem Nachbereitungspapier, daß es auch Sachen die schiefgelaufen sind, wie z.B. die Teilnahme der RIM mit ihren Stalinköppen, als Problem benennt. Aber vielleicht braucht so etwas auch einfach mehr Zeit und Diskussionen, die in dem Drang den Medien schnell etwas entgegenzusetzen, nicht möglich sind. Einige konkrete Vorschläge, wie es hier in Berlin weitergehen könnte sind in der Erklärung zum Anschlag auf Data-Domizil zu finden.
Wir hatten auch eine ziemlich hitzige Diskussion, warum die Besetzung des Potsdamer Platzes offensichtlich für keine gesellschaftliche Gruppe attraktiv war/ist. Die Mobilisierung war ganz breit angelegt ("Tip" und "Zitty"-Beilage), die Infrastruktur war da, und die Idee mit einer Besetzung des Geländes den Raum für freies Fluten und Wuchern a lá Kubat zu schaffen, schien einigen recht vielversprechend, zumal der Platz an Bedeutung noch erheblich zugenommen hat. Die Frage, warum damit das Gefühl von Ohnmacht, das Gefühl, daß dieser City-Bereich in Spé sowieso verloren ist, nicht durchbrochen werden konnte, konnten wir aber nicht andeutungsweise beantworten. Zumal die letzten Worte, ob Daimler-Bonz oder ein anderer Multi dahinkommt, oder wie der ganze Bereich gestaltet wird, noch nicht gesprochen sind. Ein Aufbäumen würde sich lohnen!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung des Vorworts:
Noch einen lieben Gruß an alle GenossInnen in Hamburg. Ausgelößt durch die Zusendung eines internen Hamburger Termins, möchten wir mal kurz andeuten, was wir zu diesem Problem denken (schon seit längerer Zeit wollen wir dazu mal was ausführliches sagen, finden aber nicht die Zeit dazu): Wir wollen und können kein bundesweites autonomes Zentralorgan sein. Vielmehr schwebt uns vor, daß in allen städten und Regionen eigenständige Info-Blätter und Zeitungen entstehen, die jeweils alle für ihre Stadt/Region wichtigen Artikel aus anderen Blättern hemmungslos abkupfern. In diese Richtung geht das Entstehen von "Swing" (Rhein-Main), "agitare bene" (Köln), "razz" (Hannover), "Ausbruch" (Freiburg), "Kassiber" (Bremen), "Südwind" (Mittlerer Neckar), "Auf-Ruhr" (Bochum), etc.. Wäre das nicht auch eine Aufgabe und Notwendigkeit für Hamburg ?!

Interim

Der revolutionäre 1. Mai 1990 war großartig - Alles andere ist Quark!

- find ich gut!

revol. MAI 1990

An der revolutionären 1. Mai Demonstration durch den Kiez von Kreuzberg und Neukölln nahmen trotz vorheriger staatlicher Einschüchterung mehr als 15.000 Menschen teil. Diese Demonstration wurde unabhängig von reformistischen Gewerkschaften durch autonome West-Berliner Basisinitiativen unter dem Motto: "Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich" getragen.

Dabei standen die Vorbereitungen zu den diesjährigen revolutionären Mai-Aktivitäten unter besonderen Vorzeichen: Der Siegeszug des Kapitalismus gegenüber den ehemals sich als sozialistisch betrachtenden Staaten Osteuropas, ein Jahr rot-grüner Senat in West-Berlin und die Ereignisse im Umfeld der erfolgreichen revolutionären 1. Mai Demonstration vom Vorjahr haben haben vieles an neuen Fragen innerhalb der autonomen Zusammenhänge aufgeworfen. Sie konnten bislang noch nicht durch unsere politische Praxis beantwortet werden. Zudem waren wir in diesem Jahr mit umfangreichen Vorbereitungen der politischen Staatsschutzbehörden konfrontiert, die Diskussionen für die diesjährigen revolutionären Mai-Aktivitäten gesellschaftlich zu isolieren. Dem radikalen Protest und Widerstand gegen die hier existierenden unerträglichen patriarchalen und kapitalistischen Verhältnisse wurde unter Bezugnahme auf die Entwicklungen in Osteuropa jegliche Berechtigung abgesprochen. Mit dem Verweis auf eine "Beteiligung des RAF-Umfeldes" an den revolutionären Mai-Vorbereitungen sollte mit dem Gummibegriff des "Terrorismus" Verunsicherung und Angst ausgelöst werden. Wir sollten mit unseren politischen Vorstellungen auf ein staatlich inszeniertes Gewaltritual am 1. Mai auf den Straßen von Kreuzberg reduziert werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf das strategische Bemühen der sozialdemokratischen Tageszeitung (TAZ) hinzuweisen, die mit ihrer desinformierenden Berichterstattung nichts unversucht gelassen hat, den Boden für massive staatliche Repressionen gegen die autonomen Zusammenhänge zu bereiten. Die staatlichen Planspiele zielten erkennbar darauf ab, uns in einer besonderen politisch-historischen Situation als ständigen Unruheherd in der Stadt spätestens mit der revolutionären 1. Mai-Demonstration durch eine monatelang vorbereitete Polizeiübermacht militärisch aufzumischen und fertig zu machen. In dieses Kalkül fügen sich beispielsweise eine Reihe von Veranstaltungsverboten, insbesondere des traditionellen Straßenfestes im Kreuzberger-Kiez auf dem Görlitzer Park. Diese Maßnahmen sollten der West-Berliner Polizeiführung bereits im Vorfeld einen unkontrollierten Handlungsspielraum gegen alle revolutionären Mai-Aktivitäten eröffnen.

Der Ablauf des gesamten Polizeieinsatzes von 4.000 Bullen gegen uns am 1. Mai in Kreuzberg war durch eine offen zur Schau gestellte aggressiv-provokatorische Grundhaltung geprägt: Bereits morgens um 7 Uhr wurden von Personen, die zur Arbeit gehen wollten, die Personalien kontrolliert, spätestens ab 11 Uhr war der gesamte Kiez in alle Richtungen vollständig von den Bullen besetzt. Bei umfangreichen und schikanösen Vorkontrollen wurden z.B. in der Wiener Straße mehrfach Leute an die Wand gedrückt, türkische Jugendliche, die gemeinsam und unkontrolliert zum Kundgebungsort Oranienplatz gehen wollten, wurden von zwei Polizeibeamten am Bethaniendamm mit gezogenen Schußwaffen bedroht; um ca. um 12.30 Uhr geriet unser zweiter Lautsprecherwagen in eine Vorkontrolle, bei der ein paar gefundene Schienbeinschützer als sogenannte "Passivbewaffnung" zum Vorwand genommen wurden, die gesamte Wagenbesatzung wegen angeblichen "Verstoßes gegen das Versammlungsrechtes" für den Rest des Tages in `Schutzhaft' zu nehmen. Wir halten daran fest, daß es auch in Zukunft für alle DemonstrationsteilnehmerInnen nur recht und billig ist, sich durch die Mitnahme von geeigneten Materialien vor Bullenübergriffen, die in der Regel schwerste Körper- und Kopfverletzungen nach sich ziehen, zu schützen.

Der gezielte Einsatz gegen unseren zweiten Lautsprecherwagen zeigte jedoch die Absicht der West-Berliner Polizeiführung, die revolutionäre Mai-Demonstration zu einem Zeitpunkt anzugreifen, als diese sich noch gar nicht hatte formieren können. Am 1. Mai haben die Bullen in Kreuzberg nicht das "Versammlungsrecht geschützt", sondern es durch ihr faktisches Verhalten im Vorfeld zeitweise abgeschafft. Nur so ist es zu verstehen, daß die Polizeiführung geraume Zeit daran festhielt, die gesamte Lautsprecheranlage des zweiten Wagens für den gesamten Tag zu beschlagnahmen. Erst als sich die überwältigend große Anzahl von teilnehmenden DemonstrantInnen auf dem Oranienplatz abzeichnete, lenkten sie schließlich knapp eine Stunde nach Demobeginn ein, und rückten wenigstens die Anlage wieder heraus. Die potentiell agressive Grundhaltung der Bullen gegen die Demo drückte sich auch während ihres Verlaufs durch ihre mehrfach ausgesprochenen Drohungen aus, den mit Latten und Transparenten gut geschützten Frauenblock angreifen zu wollen, wovon sie jedoch glücklicherweise abließen.

Wir haben uns mit unserer Konzeption der gemeinsamen inhaltlichen Vorbereitung von Aktionstagen, revolutionärer 1. Mai Demo mit dem anschließenden Fest auf dem Görlitzer Park nicht auf das herausfordernde aggressive Kalkül der West-Berliner Polizeiführung zum Zeitpunkt der Demo eingelassen. Wir bestimmen unsere politischen Höhepunkte nach Form und Inhalt gerne selbst und vor allem unabhängig gegen die militaristischen Allmachtsphantasien der Staatschutzbehörden. Das ist uns im gesamten Verlauf der Demo in einer sehr listigen Art und Weise mehr als hervorragend gelungen. Trotz, Mut und die Entschlossenheit vieler Menschen ihre Interessen selbstbestimmt gegen die herrschenden Verhältnisse zu vertreten, hat diesen überwältigenden Mobilisierungserfolg für die radikale-autonome Linke in der Stadt möglich gemacht. Die von allen anderen politischen Kräften in der Stadt angestrebte Isolierung unserer Vorstellungen wurde massenhaft durchbrochen. Wir haben mit unserer Demonstration durch die Kieze von Kreuzberg und Neukölln viel Zustimmung und Solidarität durch die Bevölkerung im Stadtteil erhalten. Straßen, Gehwege und Fenster waren voll von den Menschen, die sich entgegen allen vorherigen staatlichen Aufforderungen ihren Kiez nicht nehmen lassen. Das Fest zeigte noch einmal auf, wie autonome Basisinitiativen durch kurzfristig selbstorganisierte Aktivitäten Verbotsstrategien geschickt unterlaufen und unwirksam machen können. Wir sind überglücklich.

Die nach dem Fest einsetzende Randale diente den Bullen dazu, nach ihrer politischen Schlappe während der Demo und des Festes Vorwände zu provozieren, um so nachträglich noch einmal ihre ganztägige Besetzung des Kiezes zu legitimieren. Für die West-Berliner Polizeiführung war der Gedanke unerträglich, daß ihre monatelangen Militärspielchen für den großen 'Show-Down' am 1. Mai niemanden abgeschreckt haben. Viele Kreuzberger haben sich nicht von der Strasse vertreiben lassen, was uns sehr gefreut hat. An den Auseinandersetzungen gegen die Bullen haben sich viele türkische Jugendliche beteiligt. Aus ihrer Situation heraus, die alltäglichen Schikanen durch die staatlichen Behörden und die Bullen, der gnadenlose Rassismus durch die 'deutschen Herrenmenschen', führen sie einen Kampf mit einer besonderen existenziellen Dimension, die wir derzeit nur erahnen können. Die offenbar gezielt gegen die Zusammenhänge von türkischen Jugendlichen gerichteten Aktivitäten der West-Berliner Bullen haben während der Randale ihre Festnahmezahl nach oben manipuliert. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, erste autonome Organisierungen der dritten und vierten Emmigrantengeneration in der Metropole Berlin zu verhindern. Der hervorgehobene Stellenwert, den gerade die gefangenen türkischen Jugendlichen bei der staatlichen Pressenachbereitung nach dem ersten Mai zugewiesen bekommen, deutet darauf hin, zwischen uns und ihnen eine rassistische Spaltungslinie zu ziehen. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Der gesamte Ablauf der revolutionären Mai-Aktivitäten hat uns erneut als politische Kraft in der Stadt nach außen hin erkennbar werden lassen. Trotz der Entwicklungen in Osteuropa wissen wir aus unseren Erfahrungen, daß das kapitalistische Wolfsssystem auch weiterhin versuchen wird, seine sozialen und politischen Widersprüche auf Kosten des Lebensglücks von Menschen zu lösen. Die alltäglich zu erleidende Wohnungsnot und Mietpreistreiberei in West-Berlin; die Umstrukturierung ganzer Stadtteile vorwiegend dort, wo ärmere Bevölkerungsschichten wohnen; die weiter fortschreitende Zerstörung der Umwelt; die 'normale' Ausplünderung der sogenannten 'Dritten Welt' und nun auch verstärkt in den Armutsregionen in Osteuropa; der sich im Zuge des großdeutschen Vereingungstaumels verstärkende staatlich flankierte Rassismus gegen die hier lebenden AusländerInnen; die an allen Orten des Alltags präsente Frauenunterdrückung, formulieren an uns Fragen, zu denen wir in Zukunft gemeinsam mit allen anderen Menschen in neuen Formen von Gesellschaftslichkeit Antworten finden müssen. Es geht darum, die Friedhofsruhe, die Demut und die Ordnung der hier herrschenden unerträglichen Verhältnisse in der Metropole immer wieder von neuem zu durchbrechen.

Wir werden mit unseren Vorstellungen und Ideen in neuen Auseinandersetzungen und Kämpfen für eine befreite Gesellschaft ein Teil sein, ohne dabei als 'neue Ordnungsmacht' aufzutauchen. Niemand soll sich nach dem besonderen Ablauf des diesjährigen wunderbaren revolutionären 1. Mai über unsere Bereitschaft hinwegtäuschen, in anderen gesellschaftlichen Momenten den Gegner in der geeigneten, von uns bestimmten Art und Weise wieder entschlossen und offensiv anzugreifen. In diesem Sinne:

Freiheit für alle Gefangenen des revolutionären 1. Mai!
Der Widerstand hat viele Gesichter - Alle Tage erster Mai!



Revolutionäres Mai-Plenum West-Berliner autonomer Gruppen

Widerstand hat viele Gesichter - Alle Tage 1.Mai!

Zur Aktion gegen den Zehlendorfer Firmensitz von DATA-DOMIZIL

DATA-DOMIZIL ist eine ganz "normale" Spekulantenfirma innerhalb der Wohnungsmafia, die wie andere auch, auf Kosten der Mieter ihre überaus profitablen Geschäfte betreibt. Da die DATA aber bei ihrer Arbeit das"Pech"hatte ins Rampenlicht der öffentlichen Kritik zu geraten, wurde sie mittlerweile auch von der Bauverwaltung (selbst Teil des Baufilzes) zu den "unseriösen" schwarzen Schafen der Wohnungswirtschaft gezählt. Was die Firma nicht daran hindert, ihre Geschäfte fortzuführen, z.B. mit öffentlichen Geldern weiterhin Häuser zu modernisieren.
DATA-DOMIZIL in Neumünster beheimatet, begann in der ersten Hälfte der 80er Jahre sich auch in Berlin auszubreiten. Sie besitzt hier mittlerweile über 50 Häuser. Diese Häuser gehören offiziell einzelnen Gesellschaften (benannt nach der jeweiligen Adresse).
Diese wiederum nehmen die Dienste der DATA-DOMIZIL-Bauausführungs-GmbH in Anspruch. Übergeordnet steht die DATA-DOMIZIL-Treuhand-GmbH. Alle diese Gesellschaften sind (unterschiedlich gestaffelt) im Besitz der drei Neumünsteraner: Michael Kluge, Mathias Schnelle und Reinhard Truschkowski. Gekauft werden die Häuser überwiegend mit Fremdkapital, z.B. dem Geld westdeutscher Steuerabschreiber oder Bankkrediten, deren Zinsen mit öffentlichen Förderungsgeldern und luxusverteuerten Mieten (nach Modernisierungen) beglichen werden.
Breiter bekannt wurde die DATA 1988, durch kriminelle Praktiken gegenüber Mieter Innen, die der Firma bei ihren Modernisierungsplänen im Weg standen.
In der Weddinger Fehmarner Straße 15 wurden zwar öffentliche Mittel für die Modernisierung beantragt, selbige aber nicht bei den Mieter Innen angekündigt. Stattdessen wurden bewohnte Wohnungen aufgebrochen und sämtliche Möbel aus den Fenstern geworfen. Ähnliches geschah mit den Kellerverschlägen. In den Wohnungen wurden alle Klofußböden aufgestemmt und nach der Verlegung neuer Rohre nicht wieder verschlossen. Bis Mitternacht, auch an den Wochenenden, arbeiteten die überwiegend von DATA-DOMIZIL schwarz beschäftigten Arbeiter. Juristische Klagen der MieterInnen blieben erfolglos. SPD-Baustadtrat Lüdtke von den Mietern um Hilfe gebeten, verbat sich die Bezeichnung "Spekulanten" für die Herren der DATA.
Ähnliches ist im Wedding auch aus der Kameruner Straße 7 bekannt.
In der Kreuzberger Gitschiner Straße 87 und 87a versuchte die DATA-DOMIZIL mit Hilfe eines massiven Polizeieinsatzes die Modernisierung störende Mietparteien zu vertreiben. In einer geheimen Einsatzbesprechung unter Beteiligung von Staatsanwaltschaft, Polizei, dem Staatssekretär für Inneres Müllenbrock und DATA-DOMIZIL (sie stellte Anzeige wegen Hausfriedensbruch) wurde die Durchsuchung und anschließende Räumung generalstabsmäßig vorbereitet. Am Tag der Aktion nahm sich der verantwortliche politische Staatsanwalt Schweitzer dienstfrei. Was vorerst reibungslos verlief - die rechtmäßigen MieterInnen wurden samt ihrer Habe von den Bullen auf die Straße gesetzt - endete bald für die DATA und ihre Erfüllungsgehilfen in

einem Fiasko. Aufgrund der Einheit der Betroffenen, der großen Solidarität, die sie erhielten und der Berichterstattung in der Presse konnten die MieterInnen bald wieder die Rückkehr in ihre Wohnungen erzwingen. Zudem stellten sie Strafantrag gegen Polizei und Staatsanwaltschaft. Selbst im Fadenkreuz der öffentlichen Kritik sah sich die Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft gezwungen gegen die kriminellen Praktiken der DATA-DOMIZIL vorzugehen. Geschäftsräume und Baustellen wurden durchsucht, gegen 53 Personen, darunter die drei Geschäftsführer, wurden Ermittlungsverfahren wegen Verdachtes der Beschäftigung von Schwarzarbeitern, Steuerhinterziehung usw. eingeleitet (was nach unserem Wissen bisher folgenlos blieb).
Der damalige CDU-Innensenator und sein Staatssekretär Müllenbrock taten alles, um die eigene Verantwortung und die von Staatsanwaltschaft und Polizei bei der Räumung der Gitschiner Str. zu verschleiern. Mit Erfolg, die Ermittlungsverfahren gegen sie wurden Ende 1989 eingestellt. Im Februar 1990 ließ sich der jetzige SPD-Innensenator Pätzold in einem Brief an die betroffenen MieterInnen zu einem "Entschuldigung bitte" herab. Hauptgrund für die damalige rechtswidrige Aktion, wären die "ungeklärten" Befugnisse der Staatsanwaltschaft und Polizei "in Grenzbereichen" gewesen.
Interessant ist nebenbei, daß der schon aus der HausbesetzerInnenzeit wohl bekannte ehemalige Politstaatsanwalt und spätere Staatssekretär für Inneres Müllenbrock im Februar 1990 zum Geschäftsführer der Treuwa, ein Unternehmen der Klingbeil-Gruppe (Berlins größtes Bauunternehmerkonsortium), ernannt wurde.
Als aufgrund der Vorfälle um die Gitschiner Straße das Bezirksamt Kreuzberg DATA-DOMIZIL als Sanierungsträger ablehnte, verkaufte diese das Haus an ihren Strohmann Hellmut Cawi. Trotz Vereinbarungen mit den MieternInnen und der Zusage von öffentlichen Modernisierungsgeldern, ließ Cawi das Haus weiter verrotten. Über das Maklerbüro Grund und Boden hat er jetzt das Haus für 1,3 Millionen DM zum Verkauf anbieten lassen. Aufgrund eines öffentlichen Briefes der MieterInnen hat der Bausenat die Zusage für öffentliche Modernisierungsgelder zurückgezogen. Aus Neukölln ist bekannt, daß im DATA-Haus Herrfurth Straße 31 trotz öffentlicher Modernisierungsförderung die Miete bei über 7 DM pro qm liegt.
Die Negativbeispiele ließen sich noch seitenlang fortsetzen!
Seit Februar 1990 verhandelt die DATA-DOMIZIL nun mit den KWV's (staatliche Kommunale Wohnungsverwaltungen) mehrerer Ostberliner Bezirke zwecks Gründung gemeinsamer Joint-venture-GmbH's. Aufgrund von Presseveröffentlichungen platzte zumindest das Geschäft mit der KWV Prenzlauer Berg. Die Verhandlungen zwischen der KWV und der Klingbeil-Gruppe laufen weiter.
Angesichts der allein an den Interessen der Bonzen orientierten Umstrukturierungspläne für Berlin (und deren Folgen), 170000 Wohnungssuchenden in Westberlin, 30000 Obdachlosen, einer Zunahme von Eigenbedarfskündigungen, etwa 100000 Eigentumswohnungen, den rapiden Anstieg der Mieten usw. sind die Aussichten für Mieter wie Wohnungssuchende alles andere als rosig. Die Statistiker gaben jüngst eine bundesweite überdurchschnittliche Mietsteigerungsrate von 3,2 % im März 1990 im Vergleich zum Vorjahresmonat an, bei einer Inflationsrate von 2,7 %. In Westberlin ist die Miete seit

1988 um durchschnittlich 27 % gestiegen. Der neue Mietspiegel führt jetzt bei"Bruchbuden" zu Mieterhöhungen von bis zu 45 %. Bei 15000 Sozialwohnungen stehen aktuell bis zu über 50 % Mietsteigerungen an. Aufgrund dieser explosiven Situation auf dem Wohnungssektor und auch der Gefahr dadurch entstehender Unruheherde - die für sie negativen Erfahrungen zu Anfang der 80er Jahre (Häuserkampf) sitzen der SPD vermutlich noch schmerzhaft im Nacken - wurden vom SPD/AL- Senat mehrere Gesetzesinitiativen eingeleitet. Sie betreffen die Zweckentfremdung von Wohnraum, eine Änderung des Förderungssystems für den öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie neue Vorschriften für öffentlich geförderte Modernisierungen. Schon beim oberflächlichen Betrachten dieser Richtlinien wird rasch deutlich, daß hier nur die extremsten Auswüchse gebremst werden sollen, die Gesetzesinitiativen daher unter die Rubrik"Kosmetik" einzuordnen sind. Gleiches gilt für die von der Koalition gemeinsam mit der CDU eingeleiteten Initiative zur Veränderung des Miethöhegesetzes (zur Begrenzung des Mietanstiegs in Altbau - und nicht preisgebundenen Neubauwohnungen). Hier soll z.B. bei Neuvermietungen die Mieterhöhung (bisher 10 %), nun "nur" 5 % über die ortsübliche Vergleichsmiete betragen dürfen usw.
So bleibt der Wohnungsmarkt weiterhin eine Goldgrube für Spekulanten. Weiterhin werden sie staatlicherseits direkt subventioniert (Folge: immense Baupreissteigerungen und höhere Mieten), wird zu Gunsten der Miethaie auf Steuermilliarden verzichtet. Die einkommensschwachen MieterInnen, Wohnungssuchende, Obdachlose sind weiterhin die Angeschissenen.
Die Wohnungsmisere läßt sich nicht auf parlamentarischem Wege lösen!
Aufs Engste mit der kapitalistischen "marktwirtschaftlichen" Ideologie verbunden, können und wollen deren politische Vertreter, alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, keine grundsätzlichen Veränderungsmaßnahmen ergreifen. Denn diese würden letztendlich die Abschaffung der herrschenden Unordnung samt Machtstellung der bürgerlichen Parteien bedeuten.
Die Lösung ist daher einzig eine revolutionäre Veränderung von unten, die den Warencharakter aus allen menschlichen Bereichen verbannt, die Begriffe wie "Spekulation", "Profit", "Ausbeutung" oder "Gewalt" zu Fremdwörtern macht. Von daher sind unsere Losungen zur Wohnungsfrage auch grundsätzlicher, revolutionärer Natur:
Enteignung aller Spekulanten und Hausbesitzer!
Die Häuser denen die drin wohnen!
Menschenwürdiger Wohnraum für alle - zum Nulltarif!
Wir stellen uns mit der Aktion gegen DATA-DOMIZIL in eine Reihe mit den vielfältigen Aktionen gegen die Wohnungspolitik, wie MieterInnen-Versammlungen, Mietboykott, Demos, Hausbesetzungen usw. Der Angriff

---

Zur technischen Durchführung der Aktion:
Auf dem Gelände des DATA-Firmensitzes in Zehlendorf haben wir am 7.5. 1990 zwei Brandsätze und einen Sprengsatz gezündet. Da das dortige Hauptgebäude auch als Wohnbereich genutzt wird (in dem sich auch Kinder aufhalten), mußten wir hiervon die Finger lassen.
So beschränkten wir uns in unserem Handeln auf den (hinter dem Hauptgebäude liegenden) flachen Anbau mit Büroräumen (Spreng- und Brandsatz) und dem separaten Garagenbereich (Brandsatz). Da trotz

allem die Gefahr des Übergreifens des Feuers vom Flachbau auf das angrenzende Hauptgebäude bestand, haben wir Spreng- sowie Brandsatz zeitgleich gezündet, was zu einer sofortigen Entdeckung des Feuers führte.

---

gegen DATA-DOMIZIL soll der betroffenen Öffentlichkeit aufzeigen, daß gemeinsames Handeln zu Stärke wird, wir gezielt zurückschlagen können, wir nicht nur Opferrollen einnehmen müssen. Eine Antwort aber auch auf die teilweise berechtigte Kritik hinsichtlich unserer oft sehr auf SO 36 fixierten und ritualisierten Militanz. Weiterhin ist die Aktion Resultat bzw. Konsequenz unserer alltäglichen politischen "Kleinarbeit", den Grenzen auf die wir dabei stoßen, sowie sicher auch ein Ausdruck von Ungeduld. Tatsache ist, daß sich einige wenige Menschen abmühen im Wohnbereich eine Widerstandslawine ins Rollen zu bringen. Die aktive Resonanz ist bei MieterInnen, Wohnungssuchenden bzw. der "revolutionären Linken" gering. Gründe dafür sind u.a.: die Schwierigkeiten, praktische Erfolge (wie z.B. Hausbesetzungen) materiell durchzusetzen, überhaupt das Fehlen von positiven Erfahrungen gemeinsamen Handelns bei der Mehrzahl der Bevölkerung.
In diesem Zusammenhang muß unsere gesellschaftliche Isolation (als Linke) gesehen werden, zum Teil selbst verschuldet durch Arroganz wie Ignoranz gegenüber den "Bürgers" bzw. "Normalos". Zu kritisieren sind Tendenzen sich schwerpunktmäßig zu "Je weiter weg desto besser"-Kämpfen zu verhalten, anstatt mit gleichem Krafteinsatz hier bei sozialen Auseinandersetzungen für eine Verbreiterung der antikapitalistischen Bewegung zu arbeiten. Eine solche breite Bewegung ist Grundvoraussetzung für den Aufbau einer wirkungsvollen antiimperialistischen Front "im Herzen der Bestie", die das Kräfteverhältnis hier auch zu Gunsten der Völker der "3. Welt" kippen wird.
Wichtig zum "Mehr werden" ist das Wahrnehmen von Berührungspunkten, wo sich z.B. unsere (linksradikale) Betroffenheit bzw. Wünsche mit denen der hier lebenden unteren Bevölkerungsschichten decken und dort auch gemeinsam zu handeln. Gerade hier in den sozialen Konfliktfeldern sollten über reformistische Positionen hinausgehende Inhalte eingebracht werden. So ist z.B. konkreter Internationalismus besonders auch bei der Wohnungsfrage angesagt. Die ImmigrantInnen sind mit am schlimmsten von der Wohnungsnot betroffen. In den neuen Ausländergesetzen wird die Wohnraumfrage (Wohnfläche pro Person) zu einem entscheidenden Aspekt bei der Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung. Ebenso führt die Wohnungsproblematik zu einer verstärkten Klassenspaltung, zwischen ImmigrantInnen und Deutschen.
Für die Entstehung einer breiten antikapitalistischen Bewegung ist eine Bündelung der linksradikalen Kräfte nötig (Voraussetzung!), was die Organisationsfrage auf die Tagesordnung setzt. Als ersten praktischen Schritt dahin schlagen wir vorerst, angesichts der in anderen Bereichen noch ungünstigeren Kräfteverhältnisse, eine stadtteilmäßige Organisierung vor. Wie in Ansätzen und zu bestimmten Anlässen schon erprobt (z.B. 1. Mai-Aktionswoche), sollten sich alle in den jeweiligen Stadtteilen arbeitenden nichtreformistischen Gruppen (z.B. Frauen-, Antifa-, ImmigrantInnen-, MieterInnen-, Betriebsgruppen) zu regelmäßigen Plenas treffen. Diese hätten die Funktion: Sich untereinander besser kennenlernen, einen kontinuier-

lichen Informations- und Diskussionsprozeß zu führen, sich mehr aufeinander zu beziehen und bei Aktionen sich gegenseitig zu unterstützen. Darüber hinaus sollten gesamtberliner Plenas zwecks stadtweiter Koordinierung stattfinden. Wir glauben, daß dafür erstmal keine jahrelange Grundsatzdiskussion Bedingung sein muß.
Die gewiß wichtige Debatte einer inhaltlichen Neubestimmung muß parallel zu den praktischen Schritten laufen, ansonsten besteht die Gefahr, daß wir uns in Theorie verlieren.
Mittelfristig schlagen wir die Herausgabe einer vielleicht monatlich erscheinenden stadtweiten revolutionären Zeitung vor, die kostenlos verteilt, sich speziell in Sprache und Aufmachung an die unteren Bevölkerungsschichten richten soll. Sie wäre ein praktischer Schritt um unsere gesellschaftliche Isolation aufzubrechen, um unsere unterschiedlichen Vorstellungen und Handlungen authentisch den Leuten zu vermitteln. Finanziert werden könnte die Zeitung u.a. über Anzeigen von Läden und Kneipen.
Wir konnten hier im zweiten Teil unserer Erklärung bestimmte Dinge nur anreißen. Wichtig war uns dabei den Forderungen der RAF (Wunsch nach Diskussion "mit allen, die für eine am menschen orientierte gesellschaftliche realität kämpfen und diese auseinandersetzung wollen" - Herrhausen-Erklärung) sowie autonomer Gruppen (siehe Interim) nach einer Auseinandersetzung um militante Perspektiven nachzukommen. Wir sagen "ja" zu einer eng an den sozialen Kämpfen orientierten militanten Praxis, als wirksame Erweiterung unseres politischen Handlungsspielraumes. Sie erläßt uns aber nicht die dringend zu forcierende politische "Kleinarbeit", zum Aufbau einer breiten revolutionären Bewegung. Daran müssen wir vorrangig arbeiten.
Nur auch auf dieser Grundlage wird sich z.B. die Zusammenlegung aller Gefangener aus RAF und Widerstand durchkämpfen lassen.

"wie werden wir / wie wird unser kampf / allgemein? / das ist die frage durch alle klassengeschichte" (Christian Geißler/Dissonanzen der Klärung)

Autonome ArbeiterInnen Initiative
West-Berlin, 7.5. 1990





Der Motorraum ist ausgebrannt, die Reifen sind platt: der Chrysler-Voyager der Firma DATA-Domizil hat nur noch Schrottwert

Zum RZ-Anschlag gegen "Wohnen 2001"

Die dem nationalen Taumel folgende Hauptstadt- und Olympia-Euphorie wird die sozialen Verhältnisse in dieser Stadt gründlich umkrempeln: Sie dient als Bescleuniger des Emporwachsens von Mieten und anderen Lebenshaltungskosten.
Beabsichtigte Folge ist die Zerstörung sozialer Milieus und die Verdrängung in Randbezirke. Dies gilt insbesondere für Kreuzberg: Die hier immer noch vorhandene Widerstandskultur soll weg. Erstens um Platz für zahlungskräftigere Schichten zu schaffen, die Innenstadtlage bevorzugen. Zweitens weil das derzeitige Kreuzberg in unmittelbarer Lage zum zukünftigen Regierungsviertel ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko darstellt. Drittens weil ein "Schmuddelkiez" ohne zugekleisterte Widersprüche nicht in das Bild einer deutschen Hauptstadt paßt.

Kurzum: die Lebensverhältnisse für viele werden sich verschlechtern - und die Linke soll in rasantem Tempo ausgetrocknet werden.

Hieraus ergibt sich mehr noch als in den letzten Jahren die Notwendigkeit zum Handeln, zur aktiven Verteidigung gegen die Umstrukturierung.
Hierin liegt aber auch eine Chance: im Herzen der Hauptstadt der Großmacht BRD mit Hegemonie in weiten Teilen Europas ein unübersehbares Zeichen (erstmal nicht mehr) gegen ihre Befriedungspolitik zu setzen.

Die Yuppies und andere Reiche kommen nicht erst, sie sind auch schon da. Zum Beispiel bei "Wohnen 2001" am Wittenbergplatz, das Möbel zu Preisen verkauft, die sich keineR leisten kann, der/die zu den VerliererInnen der Umstrukturierung zählt. Läden wie "Wohnen 2001" bilden die Infrastruktur, sie sind die Grundlage, um zahlungskräftige Schichten in Berlin zu halten und nach Berlin zu locken. Deshalb haben wir dort am 26. April einen Brandsatz hinterlassen. Eat the Rich !

NIE WIEDER DEUTSCHLAND - NIE WIEDER HAUPTSTADT !

RZ

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Wir haben in der Nacht vom 1. zum 2. Mai die Werbung des Sexshops am U-Bhf. Franz-Neumann-Pl. eingeschmissen. Wir nehmen es nicht länger hin, dass mit Frauenkörpern Geschäfte gemacht werden!
Kampf dem Patriarchat!

AntisexistInnen

P.s.: Wir haben diese Aktion im Wedding dem Selbstmörderischen Kampf gegen die Bullen in SO 36 vorgezogen.

ASTA TU und Linke Liste TU zur Taz

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Auf die Revolutionäre 1. Mai Demo wurde geschossen. Zum Glück nur mit einem nicht lebensgefährlichen Luftgewehr. Mindestens eine Person wurde verletzt.
Nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke wurde von der damaligen Studentenbewegung (und von Biermann in seinem Lied) richtig analysiert: "Mitgeschossen hat Springer."
Wir glauben nicht, daß der diesjährige Schütze die taz ließt, aber sie schafft die politische Stimmung dafür, sie redet faschistische Bürgerwehren in's Leben, sie bezeichnet Demoaufrufe als Lüge. Nach ihrer "Berichterstattung" vom Vortag des 1. Mai, die diesen Namen nicht verdient und alle bisherige Hetze übertrifft, müssen wir die gleichen Schlüsse ziehen wie damals die Bewegung. Von drei Schüssen kam diesmal einer von der taz. Wir werden uns entsprechend verhalten.



Markus Stilo, Vorsitz

betr.: Berlins Hetz- und Lügenblatt Nr.1, die Kinder-faz vom 30.4.'90

In einer beispiellosen Diffamierungskampagne hat die sogenannte 'taz' im Vorfeld des 1.Mai versucht ein Klima aufzubauen, daß die radikale Linke politisch ins Abseits drängen sollte; bei dieser Gelegenheit wurde in einem Rundumschlag gleich noch die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes", der AStA FU und Teile der AL angegriffen - Merke!: was im Jahr der Deutschtümelei einE 'anständigeR LinkeR' ist, entscheidet die sog. 'taz'.

Diese Spaltungsversuche mit der Absicht die Gewalteskapaden der Polizei im Vorfeld heraufzubeschwören und zu legitimieren sowie Menschen gegeneinander auszuspielen, ist nicht aufgegangen: dies haben 15-20.000 Frauen und Männer auf der revolutionären 1.Mai-Demo unüberhörbar und unübersehbar gezeigt.

Wir jammern nicht - von der sog. 'taz' haben wir nichts anderes erwartet; es entspricht dem Konzept von 'spalte und herrsche' - der verlängerte Arm der Befriedungsstrategen und Polizeipsychologen, kurz: präventive Aufstandsbekämpfung in Reinkultur.

Was Springer für die Masse der Bevölkerung ist die sog. 'taz' für den alternativen Mittelstand mit 'Wohnen 2000'-Geldbeutel.

Wer im Interesse der Herrschenden handelt oder sich als verlängerter Arm derselben begreift, hat damit zu rechnen, auch wie diese behandelt zu werden. Die Handlanger-Redakteure haben Namen.

Nowakowski armes Schwein, bleibst nicht lang mehr allein !!!

Linke Liste im AStA TU 2. Mai '90

Anschlag auf Berlin-Image

aus: Handelsblatt vom 3.5.

In dem West-Berliner Bezirk Kreuzberg gehören Bilder von randalierenden, Pflastersteine und Molotowcocktails werfenden Chaoten, umgestürzten Fahrzeugen und brennenden Barrikaden am 1. Mai inzwischen fast schon zur Normalität. Im vorigen Jahr waren bei den schwersten Krawallen seit Kriegsende 322 Polizisten verletzt worden. Damals hatten rund 2 000 Randalierer in einer regelrechten Straßenschlacht die Polizei mit Brandsätzen und Steinen in die Flucht geschlagen. Nur 16 Randalierer wurden festgenommen.

In diesem Jahr verlief das Kreuzberger „Randaletreffen" nach ersten Feststellungen der Polizei relativ glimpflich. Zwar kam es auch jetzt zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Angehörigen der sogenannten autonomen Szene, größere Sachbeschädigungen blieben jedoch entgegen ersten Meldungen aus. Die Bilanz des Abends ist gleichwohl erschreckend: Mehr als 200 Polizeibeamte trugen zum Teil schwere Verletzungen davon, über die Höhe des entstandenen Sachschadens liegen bisher noch keine genauen Informationen vor.

Die Berliner Politiker wollen die Stadt im Zuge der deutschen Einheit zu einer europäischen Metropole ausbauen, zu einer Drehscheibe zwischen Ost und West. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, wird es sich Berlin nicht leisten können, in unregelmäßigen Abständen mit Meldungen über gewalttätige Auseinandersetzungen immer wieder in die Schlagzeilen zu kommen.

Die Stadt verliert durch die vermummten Gewalttäter erheblich an Attraktivität. Dies gilt nicht nur für die zahlreichen Touristen, die nach der Öffnung der Mauer zu Tausenden die Stadt besuchen. Abgeschreckt werden auch Investoren, die die Stadt angesichts der im Vergleich zu anderen Bundesländern hohen Arbeitslosigkeit dringend benötigt. Eine Atmosphäre der Gewalt, wie sie sich in der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch wieder zeigte, wirkt abstoßend und investitionshemmend.

Viel wird jetzt davon abhängen, wie der rot-grüne Senat auf die Gewalttätigkeiten in Kreuzberg reagieren wird. Es kann nicht nur darum gehen, nach Gründen für die Gewalttätigkeit zu suchen, wie dies der Regierende Bürgermeister Momper (SPD) angekündigt hat. Erforderlich ist auch eine Polizeitaktik mit Augenmaß, bei der der deutliche Wille erkennbar wird, die Gewalt im Keim zu ersticken. phe

1.Mai - viel Spaß dabei ?!

getreu dem motto "heraus zum 1.mai" kamen 2o.ooo- 25.ooo menschen zur revolutionären demo auf dem oranienplatz. doch dies blieb nicht der einzige erfolg an diesem tag: ohne große zwischenfälle wurde die demo trotz ständiger bullenprovos bis zum görlitzer park zuende geführt, was wohl an der guten absprache im vorherein lag. denn wenn wir wirklich hätten plündern wollen, so wäre dies auch trotz des übertriebenen schutzes der läden möglich gewesen. aber diesmal war plünderung echt nicht angesagt. die bullen waren zu gut drauf vorbereitet und es war wichtiger die demo u n d das fest durchzusetzen. was uns auch gelungen ist! so erreichten wir (zehn-) tausende von menschen, mit denen wir gemeinsam unsere proteste auf die straße trugen und anschließend gemeinsam feierten. so war es auch bombig, daß das fest trotz verbots durchgesetzt wurde, auch wenn nicht so viel stände wie beim üblichen lauseplatzfest vorhanden waren. die musik hat ebenfalls ihren teil zum positiven verlauf beigetragen. wichtig war insgesamt auch das alkverbot, was bestimmt so manche durchgeknallte aktion verhinderte. nur leider wurde auf dem straßenfest danndoch alk verkauft.
als dann schließlich die bands aufhörten zu spielen, war eine insgesamte aufbruchstimmung zu bemerken. hier begann sich die situation zu wenden: einige jugendliche begannen auf die ständige provo der bullen zu reagieren und die ersten wannen wurden mit steinen eingedeckt. die schon auf dieses zeichen wartenden bullen reagierten prompt: es wurden etliche dutzend wannen, mehrere wasserwerfer und räumpanzer in wenigen minuten aufgefahren und damit begonnen loszuknüppeln und uns zu vergasen. die bullen nutzten gleich die gelegenheit um den görlitzer park zu räumen und schließlich begann die ungleiche straßenschlacht der bullen gegen uns. es wäre angebracht gewesen, spätestens jetzt gemeinsam zu verschwinden und sich nicht von den bullen einmachen zu lassen. diese hatten sich darauf längst vorbereitet und freuten sich darauf, uns "plattmachen" zu können. was dann auch mit denen geschah, die sich auf auseinandersetzungen einließen oder nur so rumstanden. es hätte eigentlich klar sein müssen, daß wir an diesem tag keine chance gegen den gut vorbereiteten bullenaparat haben würden. es sind eher dezentrale aktionen in anderen stadtteilen angesagt gewesen!!
aber klar war dies nur der "szene", zumal wir am 1.mai'88 schon gesehen hatten,daß mensch sich in bestimmten situationen nur aufreibt. damals waren zum größten teil wessis und besoffene an den auseinandersetzungen beteiligt gewesen. diesmal waren es hauptsächlich jugendliche-vor allem aus den jugendgangs. an ihnen war die erfahrung der letzten jahre vorbeigegangen. für sie war es nicht klar, wann am besten gegen den staatsaparat vorgegangen werden kann und wann nicht. woran es mangelt, istwohl nicht der kontakt zu ihnen, sondern (was der näxte schritt ist) die inhaltliche und strategische absprache mit ihnen, also auch erfahrungsaustausch. ihr hass gegen die bullen ist natürlich zu verstehen. (ich hab mich während des tages oft genug zusammenreißen müssen, auf die schweine nicht einzugehen.) nur: an diesem tag konnte keine schlacht gewonnen werden. am 2o. april war dagegen das ausräumen der läden genau richtig gewesen, weil die bullen dort nicht damit rechneten. und dies ist wichtig, ihnen zu vermitteln! auch wichtig wäre es jetzt bei so vielen verhafteten, ihnen rechtshilfe zu organisieren und abschiebungen zu verhindern. unsere solidarität muß sich spätestens hier deutlich zeigen!
und trotz alledem: die demo und das fest waren unser erfolg!!!
jeden tag 1. mai, jeden tag revolution!!!
solidarität mit den jugendgangs!!!
kämpferische grüße an den besetzten werra-block!!!

ein neuköllner genosse

ps.: noch'n paar passende zitate aus dem handbuch des stadtguerillero von carlos marighela

Persönliche Eigenschaften des Stadtguerillero

Der Stadtguerillero ist durch seinen Mut und seine Entscheidungskraft gekennzeichnet. Er muß ein guter Taktiker sein und gut schießen können. Er muß schlau und umsichtig sein, um damit die Tatsache zu kompensieren, daß er an Waffen, Munition und Ausrüstung nicht stark genug ist. Das Berufsmilitär und die Polizei, die der Regierung dient, verfügen über moderne Waffen und Fahrzeuge und können sich frei zu jedem beliebigen Ort bewegen, wobei sie alle Mittel der bestehenden Staatsmacht zur Verfügung haben. Der Stadtguerillero verfügt nicht über solche Mittel ... Der Stadtguerillero hat dennoch einen Vorteil gegenüber dem Berufsmilitär und der Polizei. Militär und Polizei handeln auf der vom Volk verhaßten Seite des Feindes, während der Stadtguerillero eine gerechte Sache, nämlich die Sache des Volkes vertritt. An Waffen ist der Stadtguerillero dem Feind unterlegen, vom moralischen Standpunkt aus besitzt er aber eine nicht zu leugnende Überlegenheit. Diese moralische Überlegenheit ist die Stütze des Stadtguerillero, mit der er seine wichtigste Pflicht erfüllen kann, nämlich *anzugreifen und zu überleben*.

.....

Die ursprünglichen Vorteile des Stadtguerillero

Die Dynamik der Stadtguerilla besteht im gewaltsamen Zusammenstoß mit militärischen und polizeilichen Kräften der Diktatur. Bei einem solchen Zusammenstoß liegen die Vorteile zunächst auf seiten der Polizei, die Nachteile auf seiten der Stadtguerilleros. Die Paradoxe liegt in der Tatsache, daß der schwächere Stadtguerillero den Angriff ausführen muß. Die Kräfte der Polizei und des Militärs beantworten diesen Angriff, indem sie erheblich größere Mittel in der Verfolgung der Stadtguerilleros mobilisieren und konzentrieren. Einer Niederlage kann er nur entgehen, wenn er ursprüngliche Vorteile auf seiner Seite buchen und diese bis zum Ende ausnutzen kann und damit seine materielle Schwäche und Unterlegenheit ausgleicht.

Ursprüngliche Vorteile sind:

1. die Überraschung des Feindes;
2. die bessere Kenntnis des Gebietes, in dem die Aktion durchgeführt wird;
3. eine größere Beweglichkeit und Schnelligkeit als die Polizei und die übrigen Kräfte der Repression;
4. ein Informationsapparat, der besser ist als der des Feindes;
5. eine Entschlossenheit und Geistesgegenwart, die alle auf unserer Seite Kämpfenden stimuliert und nicht schwanken läßt, die feindliche Seite entmutigt und paralysiert, damit zur Gegenwehr unfähig macht.

Die Überraschungstaktik

Um seine allgemeine Schwäche und seine Überlegenheit an Waffen gegenüber dem Feind auszugleichen, bedient sich der Stadtguerillero der Überraschungstaktik. Dem hat der Feind nichts entgegenzusetzen, er ergibt sich ohne Gegenwehr oder wird vernichtet. Seit Beginn des bewaffneten Stadtkampfes in Brasilien zeigt sich, daß der Stadtguerillero immer die Überraschungstaktik angewandt hat, um erfolgreich zu sein. Die Technik der Überraschung ist begründet auf vier wesentliche Voraussetzungen:

a) Während wir die Situation des anzugreifenden Feindes im allgemeinen durch umfassende Information und gründliche Beobachtung genau kennen, weiß der Feind nichts über den bevorstehenden Angriff und die Situation des Angreifers.

b) Während uns die Kräfte des anzugreifenden Feindes bekannt sind, bleiben ihm unsere eigenen unbekannt.

c) Durch den Überraschungsangriff sparen und erhalten wir unsere Kraft, während der Feind diese Möglichkeit nicht hat und den Ereignissen ausgeliefert ist.

d) Wir bestimmen Zeitpunkt und Ort des Angriffes, seine Dauer und seine Ziele. Der Feind befindet sich darüber in Unkenntnis.



wir wollen hier massive kritik üben an der "vorbereitung/planung" der aktion im kadewe. durch die äußerst mangelhafte planung war es nicht möglich, irgendeine aussage der aktion zu vermitteln und völlig unnötigerweise wurde dem staats-,bullenapparat ermöglicht, von 12 personen wichtige daten zu bekommen (alle festgenommenen wurden ed-mißhandelt).
während der fahrraddemo durch den kiez wurden wir aufgefordert, hinterher zu einer aktion in die bettenabteilung des kadewe zu kommen. diese aktionsform schien uns sinnvoll, auf ne witzige art unsere forderungen in sachen wohnungsnot zu vermitteln.
allerdings hätte uns zu denken geben sollen, daß zeit und ort des treffpunkts unklar bzw. ungünstig waren (dies an die planerInnen), dementsprechend lief die aktion dann auch ab bzw. nicht ab.
als wir mit einer kleinen gruppe in der bettenabteilung ankamen sahen wir ebenso planlos rumlaufende genossInnen. wir verteilten uns erst noch in den etagen, um nicht zu sehr aufzufallen;dann hieß es irgendwann, wir treffen uns in 10 min. in der bettenabteilung.
da angekommen waren wir ca. 25 leute, die im pulk rumstanden.
keiner hatte flugis oder n transparent dabei. die wachschützer standen natürlich auch sofort auf der matte. nach pöbeleien, rumgerempel und hausverbot wollten die meisten von uns gehen, da das ganze so nichts mehr brachte außer uneffektiver nerverei mit primitiven wachfaschos. aber einige genossen mußten sich unbedingt noch auf verbale kraftproben einlassen, was die auseinandersetzung noch unnötig in die länge zog.
es war halt überhaupt nicht klar, wie wir uns ungefähr verhalten wollen, anscheinend nicht mal der "planungsgruppe", jedenfalls war von einer absprache absolut nix erkennbar.

so konnten dann auch bei der anschließenden verprügelei durch die wachfaschos auf dem wittenbergplatz und durch deren zusammenarbeit mit den bullen 12 genossInnen abgegriffen und anschließend ed-mißhandelt werden.
der zentrale punkt ist, daß eine gruppe von menschen, die sich, wenn überhaupt, zu wenig gedanken ~~gemacht hat~~ sowohl über die aktionsform als auch deren durchführung gemacht hat, dadurch leichtfertig die anonymität und damit auch handlungsfähigkeit vieler genossInnen aufs spiel gesetzt hat. das nächste mal sollen sich diese menschen überlegen, ob sie aus purem aktionismus heraus andere der ed-mißhandlung durch die staatsbüttel aussetzen wollen.

gegen blinden aktionismus -

für treffende taten !

einige betroffene

RAF zum "Agrarwurm Kiechle" - Abschrift der Erklärung

wir haben uns entschlossen, jetzt doch auf diese vs-kiste, wir hätten einen anschlag auf kiechle geplant und abgebrochen, zu reagieren, weil wir mitgekriegt haben, daß nach der veröffentlichung und breiten verteilung der vs-erklärung in vielen städten und scenes genossinnen und genossen angefangen haben, sich mit diesem quatsch auseinanderzusetzen.
eigentlich hatten wir vorher so überlegt, daß wir zu dieser geheimdienst-sache erst in einem umfassenden text - darüber wie wir uns den revolutionären prozeß vorstellen - kurz was sagen.
aber wir wollen der desorientierung und dem chaos, das an der vs-erklärung losgegangen ist, jetzt schnell ein ende setzen.
das ziel dieser geheimdienst-aktion ist es, verunsicherung, spaltung und desorientierung zu produzieren und zwar genau in der situation, wo viele darauf warten, daß wir unsere überlegungen und vorstellungen, die wir in der herrhausen-erklärung nur kurz und sehr allgemein angerissen haben, präzisieren; außerdem soll natürlich von den wirklich wichtigen fragen abgelenkt werden.
uns hat diese vs-kiste deutlich vor augen geführt, daß fehler von uns und daraus resultierendes politisches mißtrauen sehr viel länger nachwirken, als eindeutige und gute aktionen.
nach 20 jahren bewaffneter politik hier und den erfahrungen, die die menschen mit uns haben, kann der geheimdiest natürlich nicht mehr damit kommen, wir würden das trinkwasser in großstädten vergiften, das nimmt ihnen heute niemand mehr ab.
aber gerade in der jetzigen situation, in der es einerseits eine immer größere nähe zwischen denen die kämpfen gibt und gleichzeitig jede menge fragen, versuchen sie mit einem völlig nicht-nachvollziehbaren angriffsziel wie diesem agrar-wurm und entpolitisierten parolen von "forciertem aktionismus" die nähe, die über den angriff auf herrhausen zwischen vielen teilen der revolutionären linken und uns neu entstanden ist, zu treffen.

ZUSAMMEN KÄMPFEN

26.4.1990

rote armee fraktion

Zum Shell-Aktionstag

aus: *HET* **PAROOL**(Niederlande) v. 29.4.90

SHELL: großer Schaden durch Anschläge

Aktion trifft tausend Tankstellen in Europa

(von unserer Wirtschaftsredaktion)
Amsterdam- SHELL erleidet immer mehr Schaden durch Anschläge auf Tankstellen der Ölgesellschaft in ganz Europa. Nach einem Sprecher von SHELL in London wurden bis jetzt ca. 1000 Anschläge gezählt, seit die Anti-Apartheid-Bewegung vier Jahre zuvor mit der "Boykottiert SHELL"- Kampagne begonnen hat.

Von den tausend registrierten Anschlägen in Europa verursachten 800 Schäden. Schläuche wurden durchgeschnitten, Zucker in Benzintanks gekippt, und in einigen Fällen gingen ganze Tankstellen in Flammen auf.

Was die Anzahl der Anschläge betrifft, erhält die Niederlande die Krone. In unserem Land sind in den vergangenen Jahren insgesamt 400 Anschläge vermerkt worden, dagegen 300 in Dänemark, 230 in Schweden, einige in Norwegen, Italien und West-Deutschland. Bis jetzt gab es keine Anschläge in England und Frankreich.

Festnahmen von Aktivisten gab es neben der Niederlande auch in West-Deutschland und Dänemark. Diese Verhaftungen haben allerdings nicht zu einer Verringerung der Anschläge geführt. Nach den Worten des SHELL-Sprechers in London wurden in den letzten 3 Monaten insgesamt 100 Anschläge auf Tankstellen in Europa gezählt.

Nach P. Stroink, dem Sprecher von SHELL-Niederland, geht es mit der Anzahl der Aktionen gegen Tankstellen in unserem Land seit der Blockade des SHELL-Büros in Amsterdam - im April vorigen Jahres.

"Seit der Zeit ist es ziemlich ruhig. Aber man sieht wohl, daß symbolische Aktionen wie am letzten Samstag kriminelle Aktionen mitsichbringen. Ich will hierbei keine speziellen Verdächtigungen gegen die Anführer der spielerischen Aktionen machen. Aber so sind doch am vergangenen Wochenende wieder bei zwei Tankstellen Schläuche durchgeschnitten worden. In einem Fall in der Nacht vor der Aktion und in der Nacht, die auf die Aktion folgte, in der Umgebungvon Arnheim."

Millionenschaden

Nach SHELL-Sprecher Stroink haben die Anschläge auf Tankstellen in den vergangenen Jahren für einige Millionen Gulden Schaden verursacht. Diese wurden in allen Fällen von SHELL ersetzt.

Neben Aktionen in den schon genannten Ländern in Europa ist seit April auch die Rede von Anschlägen auf Tankstellen in der Umgebung der österreichischen Hauptstadt Wien. Innerhalb von 48 Stunden wurden dort Anschläge auf Tankstellen von SHELL und BP gemeldet.

Merkwürdig ist, daß die Anzahl der Anschläge seit der Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela nicht zurückgegangen ist. Dies hat schon zu Vermutungen geführt, daß anarchistische Gruppen an Stelle der Anti-Apartheid-Bewegung hinter den Anschlägen stecken.

Bei SHELL in London will man das nicht bestätigen. "Wenn nicht mehr die Rede von einem SHELL-Boykott ist, dürften sich diese Aktionen auch nicht mehr fortsetzen. Es muß die Boykott-Kampagne sein, die zu diesen Anschlägen führt."

Wir haben am 28.4. mit ca 50 kurdischen, türkischen und ~~kurdischen~~ deutschen GenossInnen aus versch. Städten eine Shell-Tankstelle (Duisburg-Marxloh, Weselerstr.) blockiert. 45 min konnten wir die Zufahrten mit Transparenten und einer Blech~~xxxxx~~tonne vollständig dicht machen. Als die Bullen kamen und eingreifen wollten, haben wir - um eine Eskalation zu vermeiden- die Zufahrten freigegeben.
Durch das massive Auftreten der Bullen an den Zufahrten wurden viele AutofahrerInnen erst recht abgeschreckt, und fuhren weiter. Einige, die die Tankstelle befuhren, wurden durch Flugblätter und Diskussionen überzeugt, nicht zu tanken. Während der 2,5h dauernden Blockade tankte so nur eine handvoll Leute.
Viele Anwohner standen während der Aktion auf der Strasse, fanden die Aktion gut und bekundeten ihre Solidarität. (Die Tankstelle liegt an einer Hauptstrasse in einem Geschäfts- und Wohnviertel mit überwiegendem AusländerInnen und ArbeiterInnenanteil.)
~~Nach~~ Wir beendeten die Aktion mit einer kurzen Demo zur nahegelegenen Einkaufszone.

In Südafrika verschieben sich gegenwärtig die politischen Kräfteverhältnisse. Druck von außen / Handelsboykott und der Kampf der Bevölkerung im Land selbst haben die Regierung de Klerk in eine mißliche Lage gebracht. Das Kapital sieht die Verzinsung seiner Investitionen gefährdet und zieht sich zurück. Durch diesen Kapitalabfluß ist das Land nicht mehr fähig seine Schulden zurückzuzahlen. Dem ehemals funktionierenden Apartheidregime droht der Bankrott. In dieser Situation entschloß man sich, die die Kapitalgeschäfte störende Apartheidideologie zu opfern. Das ist kein hoher Preis, eher ein ideeller Wert, wenn man es schafft, die alten Besitzstrukturen in ein neues polit. System hinüberzuretten. Dafür braucht man allerdings Zeit. Zeit und Zeitgewinn, das sind die Hintergründe aller Ränkespiele, die sich derzeit in der Südafrikapolitik abspielen. Auch die westl. Industrienationen setzen auf diese Karte. Schließlich muß man die Schwarzen noch davon 'überzeugen', daß sozialistische Experimente nichts bringen.
Man führte also den sogenannten Dialog ein und bemüht die Worte Kompromiß und Ausgleich in nicht endend wollender Dauer. Ende März wurden in Sebokeng 17 Schwarze erschossen, mehrere Hundert verletzt: Polizisten dialogisierten mit friedlichen Demonstranten. Im Mai besucht de Klerk Europa, vom 20-22.5. ist er in der BRD. Schon soll über die Aufhebung von Sanktionen geredet werden. Damit würde dem Unrechtsregime neues Leben eingehaucht. Dabei wäre es für die westl. Staaten ein leichtes, mit einem ernstgemeinten Handelsboykott die Existenz des Regimes von heute auf morgen zu beenden. Das ein Handelsboykott nicht nur der moralisch einzig vertretbare Ansatz wäre, sondern auch die Betriebsbilanz verbessern helfen kann, zeigt der Fall Kafu. Seit dem 14.4.90 fehlen der Firma 700.000 DM, weil ein Brand in der Bremer Niederlassung 3 Lkw's zerstört hat. Diese Lkw's haben zuvor unter anderem südafrikanisches Obst transportiert.

KEIN HANDEL MIT SÜDAFRIKA
KAUFT NICHT DIE FRÜCHTE DER APARTHEID
DAS VOLK VON AZANIA WIRD SIEGEN

26.4.1990 AUTONOME ZELLE 'Sebokeng'

Redebeiträge vor Moabit

REDEBEITRAG VON DER KUNDGEBUNG AM 5. MAI, 1990

Wie wir gehört haben, reagieren die Schließer auf eure nun schon über zwei Monate andauernden Aktionen zunehmend genervter. Besonders hysterisch und brutal führen sie sich anscheinend während der Kundgebungen auf. Wir wissen von Vorfällen, wo sie in dieser Zeit -also vielleicht auch gerade jetzt- vor den Zellentüren lauern und darauf warten, daß ihr irgendetwas angeblich Verbotenes tut, um dann einzureiten. Wir wissen, daß das auch schon öfters passiert ist. In solchen Situationen gehen dann Sachen von euch zu Bruch ihr werdet massiv bedroht und hinterher hagelt's Hausstrafen oder Anzeigen. Wir haben gehört, daß einige von euch mehrtägige Freistundensperre gekriegt haben. Es ist schon grob, euch die einzige Stunde am Tag, wo ihr Gelegenheit habt, mit anderen Gefangenen zusammenzukommen, auch noch zu nehmen. Wir haben auch gehört, daß gegen Gefangene, die angeblich eine brennende Zeitung aus dem Fenster geworfen haben, jetzt Ermittlungsverfahren wegen schwerer Brandstiftung laufen. Wenn dies für sie nicht so unabsehbare Konsequenzen haben könnte, fänden wir die Vorstellung, daß jemand versucht den Moabiter Knast mit 'ner Taz abzufackeln, eher komisch.

Wir denken, daß es kein Zufall ist, daß die einzelnen Schließer, aber auch die Knastverwaltung, dermaßen hart auf eure Beteiligung an den Kundgebungen reagieren. Da isolieren sie euch voneinander, denken sich immer wieder neue Spaltungstaktiken aus, überwachen eure Besuche, zensieren eure Post, nehemen Zeitungen, Bücher und Flugblätter zur Habe. Es ist schon klar, daß sie sich von den Versuchen, die Mauern den Schweigens und der Isolation um euch rum zu brechen, bedroht fühlen. Und dann sind die Kundgabungen ja auch Ausdruck dafür, daß es etliche Menschen hier draußen gibt, die an euch und eurer Situation Interesse haben, die Verbindungen herstellen zwischen eurem Kampf und dem Kampf vieler hier draußen. Es klappt also nicht so recht, euch vorzugaukeln, daß ihr von der Außenwelt schlicht



vergessen seid. Schließlich ärgert es die Schließer, wenn der reibungslose Ablauf auf den einzelnen Stationen gestört wird. 'Ne ruhige Kugel wollen sie schieben; Unruhe, Unmutsäußerungen aber auch Freudensausdrücke passen nicht in ihr Konzept der Routine.

Wir wissen, daß ihr auch ausserhalb von Widerstandsaktionen, wie sie jetzt gerade laufen, ständig von Sanktionen bedroht seid. Es reicht den Verantwortlichen nicht, euch über Jahre hinweg einzusperren. Um ihre Vorstellungen von Sicherheit & Ordnung durchzusetzen, haben sie sich ein ausgeklügeltes System von Strafen ausgedacht. Hausstrafen oder Disziplinarstrafen heißt das dann. Die Bandbreite ist groß, und wir, die wir noch nicht im Knast waren, haben nur eine vage Vorstellung von den Auswirkungen all dieser Strafen, wie: Einkaufssperre, Freistundensperre, Teilnahmeverbot an Veranstaltungen oder Gruppen. Dann gibt's Einschluß, Hand-zu-Hand-Vollzug, wo die Schliesser außerhalb eurer Zelle euch keine Sekunde lang von den Fersen weichen und schließlich den Bunker. Und dann noch die sogenannten Entzüge. Da wird euch dann das Radio entzogen oder die Bastelsachen, die ihr erst nach zähem Ringen ausgehändigt gekriegt habt oder die Schreibmaschine oder die Gitarre oder, oder, oder...
Verhängt werden können all diese Strafen vom Anstaltsleiter oder Teilanstaltsleiter. Theoretisch gibt's natürlich

die Möglichkeit, sich juristisch dagegen zu wehren. Bloß was nutzt es schon groß, ein halbes Jahr später vom Gericht mitgeteilt zu kriegen, daß damals die Bunkerstrafe unrechtmäßig war?!
Und dann gibt's natürlich noch die Möglichkeit, euch neue Strafverfahren anzuhängen. So wie jetzt mit der angeblichen Brandstiftung. Es sind keine Einzelfälle, wenn Menschen mit beispielsweise zwei Jahren einfahren, aber erst vier Jahre später wieder rauskommen, weil sie in der Zwischenzeit nochmal verurteilt worden sind wegen angeblichem Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung oder so. Nachschlag eben.
Zu erwähnen sind noch die Zwangsverlegungen bei Gefangenen, die ganz gezielt aus ihrem Zusammenhang rausgerisen werden sollen.
Natürlich werden auch wir hier draußen von Repression bedroht wenn wir versuchen, unsere Vorstellungen von Leben umzusetzen. Das Prinzip ist das gleiche. Unterschiedlich ist aber das Ausmaß an Kontrolle, Willkür und Unberechenbarkeit. Der Zugriff auf euch läuft in der Regel viel direkter, die Auswirkungen sind härter, und es trifft euch fast immer in einer Situation, wo ihr allein seid.
Um so toller finden wir es, daß es der Knastverwaltung und ihren Untergebenen nicht gelungen ist, euch von den Fenstern zu kriegen und euch zum Schweigen zu verdammen.

Viel Kraft für euch alle!



REDEBEITRAG VOM 5. MAI 1990

eine der wichtigsten voraussetzungen für gemeinsamen widerstand drinnen und draußen ist, daß es auch kontakt zueinander gibt, daß wir miteinander reden, diskutieren, streiten, voneinander lernen, so weit das eben unter diesen beschissenen bedingungen möglich ist.
und dann wär's ja auch absurd, von isolation, zensur und kommunikationsbeschränkung zu reden, aber nicht zu versuchen, diese praktisch zu durchbrechen. ein versuch dazu sind die kundgebungen, die wir in den letzten wochen hier gemacht haben, ein anderer war die aufforderung an euch, euch zu melden. nicht nur, wenn ihr infos habt, sondern auch wenn ihr besuch haben wollt.
darauf ist bis jetzt von euch keine reaktion gekommen, und wir haben uns natürlich überlegt, woran das liegt. umgekehrt natürlich auch drüber nachgedacht, warum so wenig leute von uns in die knäste gehen, kontakt zu gefangenen haben. in zeiten, wo innerhalb der knäste widerstand geleistet wird, wird dieser zustand hier draußen allgemein beklagt. allzu häufig hat das aber keine weiteren auswirkungen.
viele, die wir kennen, haben diese berühmten "berührungsängste" - wir denken mal, daß es euch da gar nicht so viel anders geht als uns.
da kaust du den kuli kaputt, wirfst 20 zettel in den papierkorb - und kommst nicht weiter.
also: nett soll's klingen, damit auch 'ne antwort kommt. aber auch nicht gleich so viel von dir erzäheln, kennst die oder den ja gar nicht. so toll im briefeschreiben biste auch nicht. überhaupt, die rechtschreibung ...

geht das überhaupt, wenn der oder die andere aus ner ganz anderen welt kommt, ne ganz andere geschichte hat? und dann besuch - was sollste denn da sagen? na klar! erstmal einfach drauflos erzählen - aber was bloß? und wenn dir dann so'n richtiger unsympath oder so 'ne richtige unsympathin gegenüber sitzt, was machste denn dann? oder vielleicht stellt sich ja raus, daß die unterschiede so groß sind, daß es gar nicht miteinander geht? genau! was will denn der- oder diejenige überhaupt? was für ansprüche kommen da plötzlich?
da fragste dich schon, ob du sowas überhaupt erst anfängst ...
wir haben gedacht, daß wir über unsere ängste und erfahrungen heute mal ein bißchen genauer erzählen.
erfahrungen, weil diese ängste bei euch und bei uns ja oft nicht einfach so da sind, sondern eine geschichte haben.
von leuten drinnen wissen wir, daß sie die erfahrung gemacht haben, daß nach ein paar briefen und wenigen besuchen der kontakt von draußen einfach abgebrochen wurde, ohne daß sie jemals erfahren hätten, warum. ganz egal, ob das nun familie war, freunde, freundinnen oder ganz andere leute. oder die erfahrung, daß da erwartungen an sie gestellt wurden, die sie nicht erfüllen wollen oder können. da haben sie dann entweder nix zu gesagt, damit überhaupt noch jemand kommt, oder den kontakt von sich aus abgebrochen oder einschlafen lassen.
wir hier draußen haben oft das problem, überhaupt erstmal vermitteln zu müssen, warum wir denn kontakt zu leuten im knast wollen.
das ist für ganz viele nicht vorstellbar, daß eine oder einer sagt: ich habe das und das politische verständnis, deshalb ist für mich klar, daß ich auch in den knast gehe und da leute besuche. sonst bleibt die parole #dinnen und draußen ein kampf' eine sprechblase.
weil das viele nicht verstehen, und sie das ja auch selbst nicht täten, wenn sie draußen wären, nehmen sie also an, es müsse andere gründe geben, die wir ihnen nur nicht sagen.
häufiger mal ist das dann z.b. die variante 'durchgeknallte sozialarbeiter und sozialarbeiterinnen'. da tauchen dann in jedem brief neue wünsche auf, von uns wird in erster linie erwartet, daß wir bei der sog. versorgung gut funktionieren. daß wir dazu wenig lust haben, ist sicher verständlich. knete haben wir auch wenig, aber vor allen dingen ist es was ganz anderes abundzu mal was zu erledigen, weil der- oder diejenige das eben vom knast aus gar nicht oder nur mit sehr viel mühe kann, oder auch mal ein paket zu packen, als für diese versorgungsgeschichten ausgenutzt zu werden. ein interesse an uns als menschen wollen wir genauso wie ihr.
eine andere erklärung ist die des 'seelischen mülleimers'. stellt euch vor, ihr besucht einen freund oder eine freundin im knast und der bzw. die erzählt euch bei jedem besuch ausführlichst ihre bzw. seine probleme oder was ihm oder ihr grad wieder passiert ist, so lang wie der besuch eben dauert, interessiert sich aber kein bißchen dafür, was ihr tut, will nichts wissen.
natürlich ist's wichtig auch über persönliches und probleme miteinander zu sprechen. aber eben 'auch' und nicht 'nur' und eine gleichberechtigte beziehung kann aus so 'nem einseitigen verhältnis schon gar nicht entstehen.
gegenüber frauen gibt es dann aus dem männerknast öfter mal noch folgendes erklärungsmuster: wenn die herkommt, muß sie ein persönliches interesse an mir haben. ganz sicher ist sie in mich verliebt. entsprechend versucht mann dann den kontakt zu entwickeln und wundert sich ganz furchtbar, wenn frau sich gegen diese mißachtung ihrer person und ihrer interessen wehrt. eine solche bekanntschaft ist in der regel dann auch nur sehr kurz.
all dies ist sicher nicht immer so.
schließlich besuchen einige von uns schon seit langer zeit gefangene. da gibt es viel austausch von infos, auseinandersetzungen auch, erfahrungen werden ausgetauscht und wissen gegenseitig vermittelt. manchmal gibt's auch richtig krach, aber natürlich auch jede menge spaß miteinander. und nichtzuletzt natürlich gespräche über sich selbst oder den oder die andere - eben über alles, was im leben der beteiligten eine rolle spielt.
und so wollen wir das auch.
miteinander die mauern des schweigens durchbrechen, voneinander lernen gemeinsam zu kämpfen!

ABSCHLUßREDEBEITRAG VOR MOABIT AM 8. MAI, 1990

Wir stehen abends hier, mehr oder weniger oft, und schreien.
Wir haben jede Menge verschiedenster Gründe dafür. Ohne größere Anstrengung können wir sie auswendig aufsagen. Ganz einfache, Knast ist eine Schweinerei. Einsperren, foltern, brechen - eine ekelhafte Macht. Wir kriegen Bauchweh, wenn wir am Knast vorbei fahren, und das Kotzen, wenn wir an diese Moral denken, die Knäste baut um ihre Verlogenheit zu verstecken. Eine Moral , die jeden Dreck rechtfertigt und jeden Widerspruch verurteilt, eine Moral, die im Zweifelsfall immer den Mächtigen die Macht sichert. Knast verhindert Straftaten, sagen sie, aber sie lügen, wie immer, wenn sie ihr Maul aufmachen, - sie sind es, die in ihrer Machtgeilheit Unrecht produzieren und als kriminell definieren, was sie stört. Im Knast gilt die gleich Regel: wer die Macht hat, hat das Recht.
Ein Schweinesystem, das seine eigene Scheiße reproduziert.
Wir begreifen euch als Leute, die diese Instiution - wie auch immer - kippen wollen, deshalb unterstützen wir euch. Wiel ihr Widerstand leistet, wie wir uns im Widestand sehen und damit ein gemeinsames Anliegen haben. Weil wir, wie ihr, unter dem ständigen Druck stehen, uns anzupassen oder der Repression ausgesetzt zu sein. Und deshalb, weil in diesem System der Knast immer eine Drohung gegen uns ist.
Sicherlich gibt es mehr Gründe, vielleicht bessere; zum Beispiel , daß es uns einfach um die Menschen geht, um Menschlichkeit, um Freiheit und Glück, um Liebe. - Bestimmt - aber, gefährliches Gelände - trotzdem!
Viele Gründe, klare Gründe. Noch mehr ist klar:
wir stehen hier draußen und schreien, ihr seid drin!
Wir demonstrieren, ihr wartet auf uns und steht an den Fenstern. Wir zeigen euch unsere Solidarität, wir behaupten Gemeinsamkeiten in Beiträgen, Parolen und Liedern. Wir wollen zusammen den Knast abreißen. Klar ist auch, nach der Kundgebung gehen wir wieder weg - und ihr bleibt! Kein Zwiefel möglich.
Wir gehen nach Hause, in die Kneipen, sonst wohin und haben das Gefühl, diese Stunde, unseren Rahmen genutzt zu haben. Wir haben Power rübergebracht und viel von euch zurückgekriegt. Wir sind mehr oder weniger zufrieden mit unserer Arbeit. Und wir wissen, daß wir wiederkommen werden - zur nächsten Kundgebung. Wahrscheinlich.
Und dann beginnen die Unklarheiten, die Grenzen werden sichtbar, die Schwierigkeiten bohren.
Was ist eigentlich, wenn ihr eure Aktion, euren Hungerstreik beendet? Dann kommen wir nämlich erstmal nicht mehr! Was ist dann mit euren und unseren Forderungen? Das Ende der Gemeinsamkeit droht mit dem Ende eurer Ak-



tion, und machen wir's wie sonst auch und warten auf euer nächstes Zeichen, stellt sich zynisch die Frage: Warum waren wir wirklich da, wenn wir dann nicht mehr kommen? Was ist mit unseren vielen guten Gründen und der Wichtigkeit, die sie für uns hatten? Und ihr, ihr habt dann viel von uns, über uns gehört. Wißt ihr nun, wer wir sind, was iwr wollen, warum wir hierher kommen? Was erwartet ihr weiter von uns? Wollt ihr mehr von uns, wollt ihr überhaupt mit uns, habt ihr eine Vorstellung davon? Wer seid ihr eigentlich?
Viele Fragen, die große Widersprüche deutlich machen.
Unsere Gründe sind nicht neu, so wenig wie unsere Parolen.
Und Kundgebungen brechen genauso abrupt ab, wie sie beginnen.
Zwischen die Kampagnen läuft wenig, unsere Solidarität schein Saison-bedingt. Warum waren, warum sind wir da? Wir hören auf, wenn's anstrengend wird, wo mehr gefordert und weniger Ruhm zu ernten ist, weniger Beifall.
- Falsch? Wir hüpfen zum nächsten tagespolitischen Großereignis und wissen wieder gute Gründe, wirklich gut Gründe warum es nun richtig, wichtig, notwendig, klar ist, dies zu tun. Politik der guten Gründe - aber ohne Gewähr!
Also, zurück auf los. Nochmal nachdenken. Je nach Ergebnis stellen wir uns zwei mögliche Konsequenzen vor.
Die Erste: Gar nicht mehr hinkommen. Das wär vielleicht ehrlich, ansonsten aber indiskutabel.
Die Zweite: Wir gehen rein, wir kommen zu euch. Wir suchen mit euch, genauer - bei euch. So wird aus dem

"schwarzen Loch" Knast etwas Greifbares - authentische Politik. Nur diese persönliche Auseinandersetzung kann die Fragen, die wir am Anfang gestellt haben, beantworten. Nur so können die Unklarheiten aufgelöst werden. Eine Kompromißlösung gibt es nicht! So zumindest möchten wir unseren Beitrag verstanden wissen. Soliteilnahme an Knastkundgebungen vergrößert die Masse, ändert aber nix am "schwarzen Loch". Der Bezug bleibt im Nebel Das Ziel verschwommen.
Der Ansatz, auf diese Weise Knast in die eigene Politk einfließen zu lassen, ist so löblich, wie unsinnig - aus besagten Gründen. Nebel in der Politik schafft keine bessere Sicht.
Alles klar?
Für euch heißt das: schreibt, schribt was ihr dazu meint, schreibt, ob ihr Besuch wollt, Und für uns: erstmal nachdenken, wie gesagt, und dann werden wir in der "INTERIM" einen Termin bekanntgeben, wo wir die Techniks der Konzequenzen besprechen können.

DIE AUTONOME SELBSTHILFEGRUPPE DER JVA TEGEL INFORMIERT

Wie bereits durch die Presse bekannt geworden ist, wurde am 20. 4. 90 ein Gefangener beim Versuch des Weichens aus dem Strafvollzug an der Tegeler JVA-Mauer angeschossen. Als der Gefangene sich an der Krohnspitze mit seinen Händen an der Mauer geatgehalten hatte, wurde er vom dem Turmbediensteten Jan Uwe Schütze mit dem Gewehrkolbe auf Kreuz und Hände geschlagen. Dies geschah in einem Augenblick, da der Gefangene unter Aufawand letzter Kraft versuchte, sich noch fest zu halten, wenn er auch schon dabei etwas rutschte, und es jedem erkennbar war - so auch dem Justizbeadiensteten Schütze - daß er es mit eigener Kraft nicht mehr schaffen konnte, über die Mauer zu kommen.
Von der Teilanstalt III, vor allen Dingen jedoch von der Teilanstalt V der Justizvollzugsanstalt Tegel konnten Gefangene die Szene an der Knastmauer genau beobachten. Nach den übereinstimmenden Schilderungen dieser Gefangenen wurde dann der sich krampfhaft an der Innenseite der Knastmauer zu halten versuchende, jedoch immer mehr nach unten abrutschene Gefangene von Pistolenschüssen des Turmschützen Uwe Schütze gestroffen, die seinen Rücken und sein eines Ohr trafen; wobei der Ohrschuß zumindest den Verdacht zulässt, daß der JVA-Schütze des Gefangenen Kopf treffen wollte. Wie unsere autonome Selbsthilfegruppe dann in den Folgetagen von Gefangenen der Justizveollzugsanstlat Moabit erfuhren, wurde der Angeschossene, den man dn das JVA-Krankenhaus in Moabit gebracht hatte, in den dortigen Bunker gebracht.

- Dies zu dem Vorfall am 20. 4. 90 an der Tegeler-Knastmauer -

Kaum war diese Schandtat geschehen, da griff man schom zur nächsten, u.z. am 2. Mai 1990, diesmal in der Teilanstalt III der JVA Tegel auf der dortigen Station B I. Dort befinder sich seit über 1 Jahr ein schwarzer Gefangene in dem sogenannten Hundezwinger - einer Absonderungszelle, die ans Mittelalter errinert. Um seine Umgebung auf die unerträglichen, ja himmelschreienden Haftverhältnisse und Lebensbedingungen aufmerksam zu machen, hatte dieser Schwarze den Hundezwinger unter Wasser gesetzt, das bis in den Anstaltskorridor vorgenanter Station drang.
Das war natürlich mal wieder etwas, um brutal zuschlagen zu können. Was diesem Gefnagenen betriffr, so sei hier angemerkt, daß dieser wirklich zu bedauernde Mensch unter höchst unmenschlichen Lebensverhältnissen seit über 1 Jahr wie ein Hund in einem Käfig eingesperrt, völlig von Außen abgeschirmt und seit über einen Monat keine Freistunde hatte; und das solche mit nichts auf der Welt zu rechtfertigenden Maßnahmen einer psychischen Folter gleichkommen, die ihresgleichen auf der Welt sucht. Unter diesem Aspekt gesehen ist sein verzweifelter Schritt, der nichts anderes als ein Hifleruf war, durchaus verständlich.
Diesen Gefangenen dafür brutal zusammenzuschlagen und ihn unter Gewaltanwendung mit Spritzen zu betäuben, um ihn in die PN (die psychiatrische Abteilung) abtransportieren zu können, geht jedoch zu weit und paßt nicht in das Bild einer Stadt, in der Humanität groß geschrieben wird, dies paßt nicht in das Bild einer Stadt, in der einmal der Faschismus wütete und die sich seitdem wie keine andere Stadt in Deutschland von Faschismus und Rassismus distanziert hat.
Die verzweifelten Hilferufe dieses armen Menschen, die durch die Teilanstalt III der JVA Tegel an jenem Maitag in den Mittagstunden drangen, dürfen und werden nicht unerhört bleiben, dafür werden wir von der autonomen Selbsthilfegruppe der JVA Tegel sorgen und solange kämpfen, bis solche Zuständ aufhören; und sei es ein radikaler Kampf, der uns bevorsteht. Die für solches Handeln Verantwortlichen, darunter der Anstaltsleiter Bernd Miller, seine beiden Vollzugsdienstleiter Frey und Skibba sowie sämtliche Beamte der Zentrale dieser Teilanstalt III der JVA Tegel müssen aus ihren Ämtern entfernt werden, da führt kein Weg daran vorbei.

Diese Forderung richten wir hiermit an den Berliner Senat.

Sollte diese Forderung binnen 4 Wochen nicht nachgekommen werden, dann greifen wir zu radikalem Mitteln:

Wir greifen zur Selbsthilfe und jene Köpfe werden Rollen, die weg müssen.

Wir haben in der Vergangenheit alles Menschenmögliche versucht, den Senat für Justiz dazu zu bewegen, solch unmenschliches Handeln an uns Gefangenen abzustellen. Wenn es eben nicht gütlich geht, dann müssen wir radikal vorgehen.

DAS MAß IST VOLL!!

Abschließend fordern wir noch die Knastgruppen auf, Samstags und Sonntags, jeweils um 14°° und 22°° Uhr - Dienstschluß der Bullen - eine Demo vor dem Tegeler Knast zu veranstalten.



DIE AUTONOME SELBSTHILFEGRUPPE DER JVA TEGEL

D - 1000 BERLIN, DEN 4. MAI 1990

Nachts im Wedding

stellt euch vor, ihr geht nachts spazieren und landet für
9 stunden in isohaft

so geschehen in der nacht vom 1. auf den 2. mai in wedding

gegen 3.30 uhr waren 3 leute auf dem weg von einer wohnung
in die andere, um dort nußschokoladenkuchen(mniam) zu essen.
doch der kuchen kam ungeschoren davon - im gegensatz zu den
3 leuten.
an der ecke osloer/koloniestr. setzten sich die 2 frauen ins
gebüsch, um einem trotz aller gentechnologischen bemühungen
immer noch vorhandenem dringendem menschl. bedürfnis nachzu-
kommen. währenddessen latschte der typ gelangweilt auf und ab.
plötzlich erschienen 9 möchtegern-schimanskis in 3 pkws auf
der bildfläche und nahmen die leute fest. dabei warfen 2
zivischweine eine der beiden frauen gegen die wand und durch-
suchten sie. der typ bekam mitgeteilt, daß es sich nur um eine
personalienfeststellung handle. den leuten wurden die taschen
entleert und die ausweise geklaut. nachdem sich 2 zivis wegen
der angeblichen vermasselung des einsatzes beinahe an die
gurgel gegangen wären (schade, vielleicht beim näxten mal),
zogen 3 von ihnen (darunter bulle sven) erbittert ab.
4 zivis fingen an, die nähere umgebung, darunter eine agip
tanke und das begossene gebüsch, zu durchsuchen. zivimacker
äußerten sexistische sprüche den frauen gegenüber. nach fast
einer stunde kam eine fahrende kühltruhe an (gefangenentrans-
porter), um die leute in die pankwache einzufahren. dort wurden
sie in einzelzellen gebracht und mußten sich nackt ausziehen.
ihnen wurden alle gegenstände abgenommen, einschl. schuhe und
schnürsenkel (o-ton:ßsie haben wohl angst, daß wir uns aufhän-
gen. o-ton bulle: das tut ihr ja leider nicht).die leute durf-
ten weder telefonieren, noch bekamen sie etwas zu essen bzw.
zu trinken. sie erfuhren auch nicht, warum sie festgenommen
wurden. gegen 10 uhr erschien die creepo, um den leuten mit-
zuteilen, daß sie ihre wohnungen durchsuchen werden. als grund
gaben sie "verdacht auf planung und vorbereitung einer straftat"
an. dies geschah ohne hausdurchsuchungsbefehl mit der begrün-
dung "gefahr im verzuge" und "verdunklungsgefahr" (und das um
10 uhr vormittags). bei einer frau beschlagnahmten sie unter
anderem 20 anti-shell-spuckis, weil sie als"beweismittel von
bedeutung sein können". mensch beachte: die leute wurden an
einer agip-tankstelle festgenommen! gegen mittag wurde eine beim
angebl. klauen festgenommene frau (ca. 12-14 jahre) in einer
zelle von 3 bullen und 2 bulletten brutal ausgezogen und geschlagen
(o-ton: du hast wohl schon lange nicht mehr den arschvoll gekriegt).
um 13.30 uhr, nach 9 stunden isohaft in zellen ohne fenster wurden
die leute ohne erklärung entlassen.
einige wachsame menschen hatten jedoch mitbekommen, daß die leute
eingeknastet worden waren und dies dem ea mitgeteilt.
herzlichen dank an diese.
sollte ähnliches anderen leuten passiert sein oder passieren, macht
es öffentlich.
gegen bullenterror
keine aussage bei bullen und justiz
anne,ayşe und artur halten's maul

viva la revolución

Wir laden ein

Das Kapital boomt an allen Fronten, und wir bekommen auch unseren Teil davon ab: noch mehr Konkurrenz auf dem Schwarzarbeitsmarkt, noch mehr Überstunden, noch mehr Nachtarbeit, noch seltener Arbeitsverträge. Es boomt flexibilisiert, mit Zeitarbeit, Heimarbeit, KAPOVAZ, Werks- und Honorarverträgen, Leiharbeit.
Ein Bereich davon wird von Sklavenhändlern abgedeckt. Sie tragen dazu bei, die ArbeiterInnen in den Betrieben zu spalten; sie halten die Löhne niedrig; sie sorgen sofort für "Ersatz", wenn sich mal jemand nicht alles gefallen läßt usw.
Im gegenwärtigen Boom und vor allem nach dem Fall der Mauer hat die Bedeutung der Sklavenhändler zugenommen. Mit breit angelegten Werbekampagnen, in denen sie "Traumjobs" und "die Sicherheit eines abwechslungsreichen Arbeitsplatzes" versprechen, gieren sie in Richtung Osten. Mit großartigen Sprüchen vom "sicheren, festen Arbeitsplatz", versuchen sie die ProletInnen hier anzusprechen, die die Schnauze voll haben von immer wieder auf n paar Monate befristeten Jobs - andererseits kommen sie mit "ständig wechselnden Einsatzorten" unseren Haß auf die immer gleiche, eintönige Maloche entgegen. Aus dem Zwang, sich flexibel zu verkaufen, haben sie eine Profitquelle gemacht.

Signale für eine neue Arbeitskultur

16. bis 18.5. im Grand Hotel Esplanade
Mitwirkende: Adia, DIS, MPS, randstad, interim (?!) u.a.
Regie: CIETT
Special guest: Walter Momper

1. Akt - 16.5.

11.30	Vorstandssitzung
15.00	Mitgliederversammlung
14.00-16.00	Empfang im Reichstag
	Abendveranstaltung im Lokal "Auf der Nolle"

2. Akt - 17.5.

9.30	Weltkongreß
9.50	Begrüßung durch den regierenden Momper
danach:	Aushecken neuer Strategien, wovon einiges auf der Pressekonferenz am Nachmittag zum Besten gegeben wird
18.00	Arbeitsende
19.00	Abendessen im Grand Hotel Ost-Berlin

3. Akt - 18.5.

9.30	Treffen der Überlebenden zur weiteren Tagung
	Abendveranstaltung im Schloßhotel Gerhus

Arbeitskraft ist Ware, sie wird mit möglichst hohem Profit eingekauft. Sklavenhändler haben ihren Platz als Zwischenhändler in diesem System von Ausbeutung. Sie sind genauso "legal" wie die Ausbeutung selber. Öffentliche moralische Empörung über illegale Praktiken ist staatlicherseits die Empörung, diesen Bereich nicht genügend unter Kontrolle zu haben: Die Sklavenhändler müssen besser kontrolliert werden - da trifft sich die Moral eines Wallraf mit der des Arbeitsministers Blüm. Schätzungen vor der Öffnung der Mauer gingen von 6 - 9 illegalen auf eineN legal "vermitteltenN" ArbeiterIn aus. Inzwischen ist dieses Verhältnis sicher stark angestiegen.
Beim Ereignis, zu dem wir Euch hiermit herzlichst einladen, werden sich die legalen Vorreiter, die strategischen Vordenker, die Creme de la Creme, die Absahner solcher Entwicklungen treffen. Erwartet werden 350 "Experten" (schrieb die Taz!) aus aller Welt. Das weltweite Verschieben von Arbeitskräften haben sie zu einem profitablen Geschäftsbereich ausgebaut.
Auf der Tagesordnung wird ihre Strategie im EG-Binnenmarkt und neue Profitmöglichkeiten durch die Öffnungen in Osteuropa stehen. Auf *unserer* Tagesordnung steht am **Donnerstag** der Besuch ihres Abendessens - ansonsten höhere Löhne und weniger Arbeit. Wir treffen uns mit Hunger und/oder Wut im Bauch um halb sieben vor dem Ort unserer Begierde.
Wichtig finden wir es deshalb, nach Ostberlin zu gehen, weil die Sklavenhändler seit November einen Großteil ihrer Extraprofite mit der Unerfahrenheit der "Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten" machen. Und wenn sie versuchen, ihr Image mit Momper und Empfängen aufzupolieren, sollten wir ihnen wenigstens in die Suppe spucken.

zu einem internationalen Sklavenhändlertreffen

im Grandhotel Ostberlin

Finger weg vom Potsdamer Platz

Gegen den Konzern Daimler Benz AG spricht eine Menge. Zum Einen gibt es Produktions- und Vertreibsstätten in Südafrika, aber auch in fast allen Teilen der sogenannten Dritten Welt mischt Daimler Benz bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen und der Natur mit. Das ist ja leider nicht neu. Neu ist, daß dieser Schweinekonzern sich mitten in Berlin festsetzen will. Was hat das für uns, die Menschen dieser Stadt zu bedeuten:
Die Entscheidung von Daimler Benz (DB) am Potsdamer Platz den Bereich Dienstleistung mit ca. 8000 Mitarbeitern anzusiedeln, hat jetzt schon eine fatale Sogwirckung: Die Deutschen Babock-Borsig Werke verlegen ihren Firmensitz wieder nach Berlin, BMW will auf 7600 Quadratmeter am Q-damm aufstocken und will am Q-damm Wohnungen für Manager bauen, Sony und Hertie wollen (nach Gerüchten) auch nach Berlin. Für Hertie ist dies relativ einfach, da das Lenne'-Dreieck zum Teil Eigentum der Tochterfirma Wertheim ist. Also keine Grünfläche, Kubatdreieck Ade!
Es gibt noch viel mehr Beispiele für den Zuzug großer Firmen und Konzerne. Klar für den "Arbeitsplätzemangel" ist es nicht schlecht. Oder? Aber diese Entwicklung führt doch zu einer totalen Umstrukturierung von Berlin.
Die bis jetzt öffentliche bekannt gewordenen Planungen von Kapital und Senat sehen so aus: Westberlin soll wegen der besseren Infrastruktur und der "gehobeneren Lebensqualität" zum feineren Dienstleistungszentrum a`la Daimler Benz und Ostberlin zum Produktions- und Konsumtionsstandort für Westwaren werden. Da die Grundstücke in Westberlin zu teuer und meist unverkäuflich sind, reiben sich die Spekulanten schon die Hände, wenn sie an den Ostteil der Stadt denken. Für das Grenzdreieck Friedrichstr./ Unter den Linden wird der Bau von 100000 Quadratmetern Bürofläche zu einem Preis von 30 dm/qm geplant. Entlang von "Siedlungs-Achsen", welche sich Sternförmig von der Mitte Berlins ausbreiten sollen, sind Industrieansiedlungen geplant (Wohnen und Arbeiten zusammen). Oder als Alternative an der Peripherie, Industreiparks mit Trabantenstädten mit 25000 Bewohnern als Nachbarn. Das bedeutet ABriß oder Luxussanierung in Billigwohnraumzentren wie Kreuzberg, Neukölln oder Wedding. Vertreibung der sozial Schwächeren aus diesen Bezirken hin zu diesen Trabantenstädten. Dafür wohnen die höheren und mittleren Angestellten in unseren herausgeputzten Wohnungen. Für sie und die Bonzen wird gebaut und die Stadt wird für sie herausgeputzt werden. Für sie werden Parks und Grünflächen in der Stadt angelegt werden. Währed wir neben den reisegen und stinkigen Industrieanlagen in Hochhausghettos vor uns hinvegetieren sollen. Dort können wir uns ja dann die Köpfe gegenseitig einschlagen, die bessere Gesellschaft in der Stadt merkt davon ja nichts. Sollen wir zusehen, wie sie unsren Lebensraum zerstören und statt dessen gigantische Büroblöcke am Potsdamer Platz hinstellen. Nein, wir wollen, daß unsere Strukturen erhalten bleiben. Daß wir billige Wohnungen bekommen und selbst bestimmt leben können. Wir wollen viel Grün in der Stadt, um auch mal mehr "Komfort" zu haben.
Der Potsdamer Platz wird ein Park, dabei bleibt's!
Weg mit den menschenverachtenden Plänen!

Laßt uns auch mal für unser Leben hier in Berlin kämpfen.
Daimler Benz wir werden dich zur Rechenschaft für all deine Verbrechen ziehn, Finger weg vom Potsdamer Platz, sonst brennt's!
Schwarze Sterne

Backsteinfabrik - aktueller Stand

Umstrukturierung - Backsteinfabrik - aktueller Stand

Was seit dem "Angebot" des ominösen "Friedensvertrages" von Eichstädt letztes Jahr zu erwarten war,hat sich nun bestätigt:es bestand nie ein Interesse, im Waldekiez eine Lösung zu finden,die das Projekt Backsteinfabrik mit einschließt,statt dessen wird platt gemacht.
Die GSG hat inzwischen ungehindert und kaltschnäuzig sämtliche Etagen in der Fabrik vermietet,und zwar nicht an die Leute,denen diese für ihr Projekt dort zusteht (KOSMOS),sondern per Einzelvertrag an GSG-genehme,pflegeleichtere Mieter.
Eine üble Rolle spielt dabei die sog."Kreuzberger Musikalische Aktion". Dieses angeblich soziale Projekt hat gegen KOSMOS verträge mit der GSG für drei halbe Etagen in der Fabrik abgeschlossen.Sie lassen sich ausgesprochen willfährig dafür benutzen,das Projekt Backsteinfabrik (Veranstaltungsort,Treffpunkt und Raum für selbstbestimmtes Arbeiten im Kiez) zu verhindern.
Gleichzeitig fungieren sie als soziales Feigenblatt,bis die Infrastruktur für gewinnbringendes Verschachern gegeben ist und betätigen sich als Kriegsgewinnler in dem 10 jährigen Kampf des Kiezes um die Fabrik.
Zur Zeit sind sie sich nicht zu schade,ihre Jugendarbeit in einem Haus zu betreiben, das von den Bullen vor der Nachbarschaft geschützt werden muß;die übrigen Mieter wollen anscheinend den 1.Mai abwarten,bis sie einziehen.
Es hat sich erwiesen,daß die bisherige Gesprächsbereitschaft im Kiez von den Herrschenden nur als Schwäche ausgelegt wurde.
Die weiteren Auseinandersetzungen um die Fabrik werden auf anderen,direkteren Ebenen stattfinden.

Symphatiesanten der Unterstützer der Gegner der Umstrukturierung

Ungeliebte Mieter,zur Zeit in der Backsteinfabrik :

Dr.Ing.Kazemi - Sachverständiger für Bodenschutz und Schadstoffkontamination
Hüningerstr.52 - 1/33 Tel.: 8315832

Pirschke - Damenoberbekleidung
Tel.: 2162775
O-Ton bei der letzten Blockade:Ich bin Rentner und lasse auch in Polen und Ungarn arbeiten u.jetzt laßt mich bitte vorbei.

Barbara Hella Santarossa -etablierte Künstlerin
Schert sich einen Dreck um den Kiez.Betreibt einen Immobilienpark um "teure Kunst" herzustellen,die sie dann in Paris,New York u.Berlin verscherbelt.An Immobilien hat sie schon:Oranienstr.39-HH-Fabriketage 4.Stock,Fabriketage über Montagehalle Siebert im Hof d.Backsteinfabrik,Turmzimmer und Remise Backsteinfabrik.
Tel.: 8819562

Wolfhart Schulze-Eggebrecht - Kreuzberger Musikalische Aktion
Segitzdamm 10 - Tel.: 6149915
Typischer Sozialkarrieriest.Hat trotz Gesprächen mit Kosmos ,Thema:am gleichen Strang ziehen,sich hinter dem Rücken von Kosmos drei Verträge bei der GSG besorgt

Anita Lüdke - Innenarchitektin
1 / 21 Tel.: 3922108
Beutet Schwarzarbeiter beim Ausbau ihrer gemieteten Etage in der Backsteinfabrik aus.

in der linken unteren Hochparterre Etage (v.Walde 37 aus gesehen) ist rund um die Uhr Wachpolizei(meistens einer),der sich elendich langweilt,weil schon lange nichts mehr passiert ist.

FREILASSUNG VON LUITGARD HORNSTEIN!

KEIN NEUES VERFAHREN!

WIEDERAUFNAHME DER VERFAHREN VON CHRISTIAN KLUTH, ANDREA SIEVERING UND ERIC PRAUSS!

GEGEN § 129a: EINSTELLUNG ALLER 129a–VERFAHREN!

SCHLUß MIT DER ISOLATION UND DEN DEMÜTIGUNGEN IN DER HAFT! ZUSAMMENLEGUNG IN GROSSEN GRUPPEN!

Am Dienstag, den 8. Mai (ausgerechnet am Tag der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Truppen) beginnt vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Stuttgart–Stammheim die erneute Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein. Luitgard Hornstein war am 2.8.86 verhaftet und am 28.6.88 vom 5. Strafsenat des OLG Stuttgart wegen "mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Mißbrauch von Ausweispapieren" zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren verurteilt worden, die sie am 1.8.90 abgesessen hätte. Dieses Urteil wurde auf die Revision der Bundesanwaltschaft (BAW) hin vom Bundesgerichtshof (BGH) aufgehoben. Ziel von BAW und BGH ist die Verurteilung von Luitgard Hornstein zu einer erheblich höheren Haftstrafe.

Die erneute Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein ist Teil eines Gesamtverfahrens gegen mehrere Bewohnerinnen und Bewohner der Düsseldorfer Kiefernstraße und anderer Düsseldorfer-Innen, die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung nicht mehr in der Kiefernstraße wohnten. Die BAW wirft ihnen vor, als eigenständige Gruppe bzw. als zeitweilige Mitglieder der RAF 1986 Anschläge auf die Firma Dornier in Immenstaad und möglicherweise auch auf das Bundesamt für den Verfassungsschutz (BfV) in Köln begangen zu haben. Je länger dieses Verfahren andauert umso offensichtlicher wird: Nichts spricht für diese Version.

Im Versuch, ihre schwindelerregenden Beweiskonstruktionen über die Zeit und durch die Einzelverfahren zu retten, haben Bundesgerichtshof, Bundesanwaltschaft, die OLG–Senate und das Bundeskriminalamt ein großes Durcheinander angerichtet, das die Neuverhandlung geschweige die erneute Verurteilung von Luitgard Hornstein von vornherein verbietet, und dessen Entwirrung nachzuvollziehen von der Leserschaft viel Geduld erfordert; auch eine Methode der Verfolgungsbehörden, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Sie hoffen und vertrauen darauf, daß "das Volk" still–schweigend und stamm–heimlich mit ihnen darin einig geht: Damit absolute Ruhe einkehrt, zur Abschreckung der radikalen Opposition gehören einfach mehr Linksradikale für immer längere Zeiträume in die Isolationstrakte, gleichgültig, wie man sie hineinbekommt.

Diese Auffassung teilen wir nicht. Unser Ziel ist die Mobilisierung einer Öffentlichkeit, die sich lautstark vernehmen läßt: Luitgard Hornstein muß raus! Die Verfahren gegen die noch Einsitzenden müssen wieder aufgenommen werden!

Wir rufen auf: Beobachtet und besucht den Prozeß gegen Luitgard Hornstein! Stellt die Öffentlichkeit her! Laßt sie nicht alleine!

Die ehrgeizigen Abteilungen des Staatsschutzes haben folgende Personen aus Düsseldorf ins Visier genommen:

Luitgard Hornstein, inhaftiert seit 2.8.86, verurteilt zu vier Jahren (BAW–Antrag: 12 Jahre)
Christian Kluth, inhaftiert seit 2.8.86, verurteilt zu 10 Jahren (BAW–Antrag: 12 Jahre)
Andrea Sievering, inhaftiert seit 18.12.87, verurteilt zu 9 Jahren (BAW–Antrag: 12 Jahre)
Rico Prauss, inhaftiert seit 18.12.87, verurteilt zu 9 Jahren (BAW–Antrag: 12 Jahre)
Thomas Kilpper, inhaftiert seit 8.9.88, die Hauptverhandlung findet z.Zt. vor dem OLG Düsseldorf statt. Vorwurf: Er hätte die Leitung der ansonsten inhaftierten "kämpfenden Einheit" übernommen, über einen möglichen Anschlag nachgedacht usw. Er dient der BAW als Sprungbrett, weitere Leute aus Düsseldorf in irgendwelche "kämpfenden Einheiten" hineinzupressen, d.h. hinter den Mauern zu

isolieren. Inzwischen erging der "rechtliche Hinweis", daß Thomas nicht wegen "Mitgliedschaft...", sondern wegen "Unterstützung..." werden könne.
Rolf Hartung, inhaftiert ab 4.10.88; Haftentlassung am 28.6.89

Alle haben sich am Hungerstreik 1989 von politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung, für die Entlassung haftunfähiger Gefangener und für freie Kommunikationsmöglichkeiten beteiligt.

Aufstieg und Niedergang eines Gutachters

Wollte jemand zusammentragen, was seit dem 11.12.87 über den Schriftgutachter Ockelmann geschrieben wurde – es würde Bände füllen. An jenem Tage legte Herr Ockelmann in der Hauptverhandlung gegen Luitgard Hornstein und Andere ein Gutachten vor, das die BAW eine Woche vorher telefonisch bei ihm in Auftrag gegeben hatte und das Andrea Sievering schwer belastete. Dieser Expertise verdanken sie und Eric Prauss ihre Verhaftung und Verurteilung sowie Christian Kluth den "rechtlichen Hinweis" des Senats, daß auch er wegen der Beteiligung am Anschlag auf Dornier verurteilt werden könne, was ebenfalls eintrat. Mit 100%er Sicherheit, so das Gutachten, habe Frau Sievering die drei Briefumschläge handschriftlich adressiert, in welchen die Bekennerschreiben zum Anschlag auf die zum Daimler-Benz-Konzern gehörende Rüstungsfirma Dornier in Immenstaad an Presseorgane verschickt worden sind. Die Schreiben waren am Tage des Anschlags, am 25.7. in Immenstaad aufgegeben worden. Demnach war also Andrea Sievering leiblich am 25.7.86 in Immenstaad anwesend. Dies ist der einzige räumlich-personelle Zusammenhang zwischen den verfolgten DüsseldorferInnen und der Bodenseegegend im fraglichen Zeitraum. Alle Versuche der BAW weitere solche Zusammenhänge durch ZeugInnen herzustellen, die eine/n der Angeklagten gesehen haben sollten, schlugen fehl. Wer die eigentlichen Tatmittel, das zur Bombe umgebaute Fahrzeug, das Unkraut-Ex, die Flaschen für das explosive Gemisch, den Zünder besorgte und funktionstüchtig machte, blieb ungeklärt. Noch nicht einmal gegen die Käuferin bzw. den Käufer eines Weckers wurde ermittelt. Ob die als Gruppe, als "kämpfende Einheit" verfolgten DüsseldorferInnen tatsächlich-praktisch irgendetwas mit dem Anschlag auf Dornier zu tun haben, hängt also einzig und allein von dem Ockelmann-Gutachten ab.

Dieses Gutachten ist seit dem Verfahren gegen Rolf Hartung hinfällig. Es ist durch einen Obergutachter zu überprüfen:

Die Anklageschrift gegen Rolf Hartung, der nach 9 Monaten Untersuchungshaft freigelassen wurde und – einmalig in einem Verfahren nach § 129a StGB – pekuniäre "Entschädigung für zu Unrecht erlittene Haft" erhielt, basierte ausschließlich auf einem Schriftgutachten Ockelmanns. Rolf Hartung sei mit letzter Sicherheit der Urheber handschriftlicher Hinterlassenschaften an den Anschlagsorten Dornier und BfV. Bei Dornier war einige Mühe darauf verwendet worden auszuschließen, daß durch die Bombe (es entstand Sachschaden von ca 500000.DM) ein Mensch verletzt oder getötet werde. U.a. waren drei kopierte Warnhinweisschilder aufgestellt worden, daß es demnächst zu einer Explosion kommen werde und das Werksgelände deshalb schleunigst zu verlassen sei. Diese Hinweise waren freihändig in runenartigen Großbuchstaben gemalt worden. In das beim BfV hinterlegte Bekennerschreiben hatte jemand einen handschriftlichen Zusatz aus ca 15 Worten eingeflickt.

Über diese beiden Schriftproben lag eine Kurzexpertise der wissenschaftlichen Oberrätin beim BKA, Frau Wagner, vor, die allerdings von der BAW unterdrückt bzw. vom Gericht "übersehen" wurde. Es sagte aus, daß z.B. aus einer gemalten und kopierten Runenschrift eine Urheberin oder ein Urheber nicht herauslesbar sei. Wagner war aber nicht nur hier, sondern schon im vorher geschilderten Fall, in den Verfahren gegen Kluth, Sievering und Prauss, als Erstgutachterin bestellt worden. Die BKA-Angestellte hatte die "Tatschriften", mit denen besagte Briefumschläge adressiert worden waren, für "graphisch unergiebig" erklärt, und die Möglichkeit einer Urheberschaft durch Andrea Sievering am unteren Ende einer sechsteiligen Skala angesiedelt. Unzufrieden mit diesem Ergebnis bestellte die BAW als Zweitgutachter den gefälligen Herrn Ockelmann, gegen den zu jener Zeit ein Ausschlußverfahren aus dem Berufsverband der Schriftgutachter eingeleitet wurde, weil seine Methode unredlich, unwissenschaftlich sei. Ockelmann wurde von Gericht und BAW aufgebaut. Anträge der Verteidigung, den Vorsitzenden dieses Berufsverbandes als Obergutachter zu hören, wurden damals vom 5. Stafsenat des OLG Stammheim abgelehnt. Der Senat hatte sich durch die Lektüre eines Fachbuches selbst "sachkundig gemacht", so ließ er sich vernehmen. Er

sähe keinen Grund an der Seriosität Ockelmann' s zu zweifeln.

Und auch bei Rolf Hartung schien zunächst kein Durchkommen möglich. Ockelmann ließ, wie gesagt, auch hier zusammenwachsen, was für die BAW zusammengehörte – den Verhafteten und ein paar Buchstaben: Hartung war an beiden Anschlägen "hundertprozentig" durch "Schreibleistungen" und damit "maßgeblich beteiligt". Punktum.

Damit aber war der Bogen überspannt und es begann die Abbauphase "des Sachverständigen, an dessen wissenschaftlicher Qualifikation und Objektivität der Senat nicht zweifelt", so das OLG noch im April 1989 in der Urteilsbegründung gegen Prauss und Sievering. Auf mehrfaches, zunächst vergebliches Drängen des Verteidigers von Rolf Hartung und erst nachdem die taz berichtete, nahm das OLG die Existenz der Wagner' schen Kurzexpertise wahr, beauftragte einen Obergutachter, den baden-württembergischen Schriftsachverständigen des Landeskriminalamts, Dr. Kai Nissen, und setzte – bei unveränderter "Beweislage" – gleichzeitig den Haftbefehl gegen Rolf Hartung außer Vollzug. Mit Erscheinen des Obergutachtens, wonach die Ockelmann'schen Gutachten nicht nur "methodisch fehlerhaft" sondern auch "im Ergebnis falsch" sind, zog endlich auch die BAW die Anklage zurück. Rolf Hartung bekam seinen Personalausweis, mußte sich nicht mehr regelmäßig bei der Polizei melden und erhielt, wie gesagt, "Haftentschädigung". Für die laufenden Verfahren aber ist von der größten Bedeutung: Der Gutachter Ockelmann hat ausgedient. Die taz titelte am 29.11.89: "Nach der Demontage des Schriftsachverständigen Ockelmann steht die Bundesanwaltschaft völlig nackt da. Mehrere Stammheimer Urteile stehen zur Disposition." Denn: Es fehlt mit Ockelmann sowohl der Aufhänger wie auch jede Grundlage für die Behauptung, die inhaftierten DüsseldorferInnen hätten gemeinsam mit anderen den Anschlag auf Dornier durchgeführt. Der Vorwurf schwebt frei. Das ist die eine Seite.

Andrerseits liegen der Beschluß des BGH über die Revision der BAW und ein neuer Haftbefehl des zuständigen 4. Strafsenats gegen Luitgard Hornstein vor, wonach sie ohne weitere tatsächliche Beweisaufnahme allein aufgrund der in ihrem ersten Urteil festgestellten "Lebenstatsachen" wegen Beteiligung an dem Anschlag auf Dornier zu verurteilen ist. Ockelmann wird in diesen Schriftsätzen garnicht erst erwähnt.

Der BGH-Beschluß zur Revision der BAW: Radikale Opposition = "Lebenstatsachen" = "Legale RAF" = "Anschlagsbeteiligung"?

Am 2.8.86 wurde Luitgard Hornstein in einer Rüsselsheimer Eisdiele verhaftet. Mit am Tisch saßen Christian Kluth, ein in Düsseldorf gemeldeter und wohnhafter Linksradikaler, und Eva Haule, erklärtes Mitglied des aus der Illegalität heraus operierenden Kollektivs RAF.

Diese gemeinsame Verhaftung, ermöglicht durch eine Denuntiation aus dem "Volk", paßte der BAW wunderbar in ihren Kram. Was eigentlich nur zeigt, daß die RAF in der Illegalität nicht völlig isoliert ist, daß ihre Mitglieder anscheinend punktuellen Kontakt zu legal lebenden Menschen aus der Widerstands-Szene unterhalten, daß die Diskussionen über gemeinsam interessierende Themen nicht nur Papierform besitzen, bewies für die BAW viel mehr.

In dem Bestreben, möglichst viele Menschen mit dem Vorwurf "Mitgliedschaft in der RAF" konfrontieren, bespitzeln, verfolgen zu können, hatte sie schon länger das Organisationsmodell einer angeblichen Gesamt-RAF konstruiert und propagiert, die aus mehreren Ebenen bestehe: Den Kommandos, den kämpfenden Einheiten aus illegalen Militanten, (die lange Zeiträume in der Illegalität verbringen, bevor sie Aktionen wie gegen Dornier oder das BfV unternehmen), den politischen Gefangenen, den legalen Mitgliedern, welche u.a. Gefangene betreuen. Um die Sache zu vereinfachen, wirbelt die BAW die von ihr erfundenen Ebenen der Gesamt-RAF auch gerne durcheinander, so daß die illegalen Militanten mit den legalen Mitgliedern zu einer einzigen Ebene verschmelzen.

Das Merkwürdige dieser großen und durch die BAW beliebig vergrößerbaren Organisation, daß nämlich ihre Ebenen nicht durch definierte oder definierbare Strukturen – eine Satzung, Wahlen usw. – sondern allein durch unverbindliche Diskussionen, also ideell, zusammengehalten werden sollen, glaubte die BAW schon des öfteren, bisher wenig erfolgreich durch aufgeblasene Behaup-

tungen öffentlichkeitswirksam unter den Teppich kehren zu können: Uli Winterhalter habe das Narkosemittel "Ketanest" für die RAF bevorratet, Andrea Sievering habe Briefumschläge für eine kämpfende Einheit beschriftet – an den Haaren herbeigezogen.

Die gemeinsame Verhaftung nun wurde in die beabsichtigte Richtung weidlich ausgeschlachtet. Sie sollte die Existenz von Befehls- oder Weisungsstrukturen beweisen. Am Ende reichte sie aus, um Luitgard Hornstein wegen "Mitgliedschaft in der RAF" zu verurteilen. Für ihre Beteiligung am Anschlag auf Dornier fand der Senat keinen Anhaltspunkt. Alles was gegen sie ermittelt wurde, steht in direktem Zusammenhang mit der Vorbereitung auf das Treffen mit Eva Haule – Die DüsseldorferInnen haben sich einige Tage vor dem Treffen der möglichen Observation entzogen, Luitgard Hornstein z.B. hat sich in einer Jugendherberge mit einem am 8.7. gestohlenen Personalausweis angemeldet. – oder bezeugt, daß sie sich mit Fragen auseinandersetzte, die auf die eine oder andere Weise jede/n Linke/n beschäftigen: Was bedeutet die Entwicklung der Firma Daimler-Benz zum umsatzstärksten Rüstungskonzern Europas? Was folgt aus der Entwicklung Europas zu einer einheitlichen Hegemonialmacht unter bundesdeutscher Führung? Wie könnte ein gesellschaftliches Verhältnis, das Kapital, beseitigt werden, welches millionenfach Hunger verursacht, welches Krieg verursacht? Was ist gegen die Isolationstrakte zu tun? Wie können wir unser Leben organisieren, so daß der Widerspruch gegen die Verhältnisse überhaupt noch möglich ist und sich äußern kann?

Die Anklageschrift gegen Thomas Kilpper, gegen den z.Zt. in Düsseldorf verhandelt wird, begründet den Vorwurf der "Mitgliedschaft in der RAF" ausschließlich mit solchen "Lebenstatsachen". Keine "Tat", kein "Tatbeitrag", kein "Hilfsdienst", nur "Überlegungen". Inzwischen erging gegen Thomas Kilpper der "rechtliche Hinweis", daß er möglicherweise nicht wegen "Mitgliedschaft..." sondern wegen "Unterstützung..." verurteilt werden könnte. Bei Luitgard Hornstein reichten die "Lebenstatsachen", wie gesagt, zur Verurteilung wegen "Mitgliedschaft..." aus. Dieses Urteil - bis zum 30.12.86 lag die Höchststrafe für "Mitgliedschaft..." noch bei 5 Jahren Haft, Luiti hat 4 Jahre bekommen - reicht aber der BAW nicht aus. In ihrer Revisionsbegründung forderte sie die zusätzliche Verurteilung wegen Anschlagsbeteiligung Dornier und die erneute Beweisaufnahme zu diesem Punkt. Nicht nötig, meint zur letzteren Forderung der BGH. Die im Urteil gegen Luitgard Hornstein festgestellten Lebensumstände einer Linken begründen in seinen Augen nicht nur ihre "Mitgliedschaft" sondern gleichzeitig ihre Anschlagsbeteiligung. Nach der Logik des BGH-Beschlusses zur Revision der BAW gegen das Hornstein-Urteil ist die weitere oder erneute Erhebung tatsächlicher Beweise nicht nötig. Sie wäre ja auch fatal für die Verfolgungs- und Verurteilungsbehörden, ergäbe sie doch, daß die ganze Düsseldorfer Gruppe aus den Knästen zu entlassen ist.

Die Situation ist paradox: Einerseits hat der BGH, dessen Urteil wenige Tage vor dem Obergutachten Nissens erging, dem "erkennenden Senat" die Verurteilung Luitgard Hornsteins wegen Anschlagsbeteiligung vorgeschrieben. Andrerseits ist den vorgängigen und z.T. rechtskräftigen Urteilen, deren "Tatsachenfeststellungen" den Stoff für die zu erwartenden langatmigen "Gerichtskundigkeitserklärungen" abgeben, durch das Nissen-Gutachten der Boden entzogen. Die Verteidigung wird zu kämpfen haben, wenn sie die vorurteilsfreie Beweisaufnahme einklagen und durchsetzen will. Ohne öffentliche Unterstützung kann ihr dies kaum gelingen.

Eins, zwei, viele Anschläge?

Die Anschläge auf Dornier und auf das Verfassungsschutz-Hauptamt wurden – ausweislich der Anklageschrift gegen Rolf Hartung (ein zugegeben schlechter Ausweis) – von der gleichen Gruppe unternommen. Z.B. seien die Bekennerschreiben auf der selben Schreibmaschine getippt worden. Rolf Hartung war die einzige Person gewesen, die in den Augen der BAW beides vereinigte: Mitglied der Düsseldorfer Gruppe und Beteiligter an dem Anschlag in Köln zu sein. Nachden die Vorwürfe gegen ihn fallen gelassen werden mußten, fehlt trotz intensiver Bemühungen der Ermittler jeder Bezug zwischen den Inhaftierten DüsseldorferInnen und dem Anschlag auf das BfV. Wenn demnach davon auszugehen ist, daß die DüsseldorferInnen mit diesem Anschlag tatsächlich-praktisch nichts zu tun haben, so folgt, daß auch der Anschlag am Bodensee nicht auf ihr Konto geht.

Mit der Anklageschrift gegen Rolf Hartung hat die BAW nicht nur den Ockelmann überstrapaziert. Sie hat auch auf die geschilderte Weise ein zusätzliches Argument gegen ihre Konstruktion beigetragen.



"Arbeit am Bekennerbrief"?

In der Nacht auf den 16.7.86 wurde Christian Kluth von zwei Zivilbeamten "zufällig kontrolliert". Er kam, so steht es in den Urteilen, aus der Wohnung von Eric Prauss und Luitgard Hornstein in der Kiefernstraße und war auf dem Nachhauseweg in seine 1,5 km entfernt liegende Wohnung, wo sich an diesem Tag Andrea Sievering aufhielt. Andrea Sievering hat später angeblich Briefumschläge beschriftet. Bei Luitgard Hornstein führt keine Spur an den Bodensee, weshalb ihr die Verurteilung wegen Dornier bisher erspart blieb. Aber bei Prauss und Kluth, da war noch was. Die haben nämlich das Bekennerschreiben verfaßt. Und das geht so: Die beiden beamteten Nachtschwärmer – hier ist der Grund zu suchen, warum sich die Leute gelegentlich und insbesondere kurz vor einem Treffen mit Eva Haule konspirativ verhalten – fanden bei Christian Kluth eine handgeschriebene Parole, die in der damaligen Diskussion weit verbreitet war. Ockelmann erkannte in Eric Prauss "eindeutig" den Schreiber der ca 10 Zeilen, und der 5. Strafsenat des OLG Stuttgart fand heraus, daß die Parole (nicht handschriftlich aber ansonsten ähnlich) auch auf den Bekennerschreiben zu den Anschlägen auf das BfV und Dornier zu finden ist. Außerdem führte Chris Kluth "13 Blatt" Diskussionspapiere mit sich, die ähnliche Thesen abhandelten wie das vierseitige Bekennerschreiben zum Anschlag Dornier. Und mehr noch: Der Christian Kluth abgenommene Text zeige "unzweideutig die Absicht seiner Verfasser, einen konkreten Anschlag ("das Ding jetzt") durchzuführen" (Urteilsbegründung gegen Sievering/Prauss). Auch die Fundstelle ist zitiert. Dort lesen wir: "Das Ding jetzt mit der konkreten Bestimmung ist ja nen Punkt, um das prakt. produktiv zu machen, umzusetzen. Nach dem Sommer ist das jetzt unbedingt Sache" (Unterstreichung durch d.V.). Unterstellt, es seien an dieser Stelle Überlegungen über die Notwendigkeit von Anschlägen oder eines Anschlags angestellt worden: Dann gewiß nicht über den Anschlag auf Dornier. Denn der fand am 25.7. statt, unzweifelhaft einem Hochsommertag. Die betreffende Stelle findet sich im Urteil unter der Überschrift: "Der Sprengstoffanschlag auf Dornier."

Die ganze Episode der Durchsuchung von Christian Kluth beweist nur auf's Neue, was nie bestritten wurde. Die inhaftierten DüsseldorferInnen haben im Zeitraum ihrer Festnahme an einer Diskussion teilgenommen, die bundesweit von Linksradikalen geführt wurde. Als Indiz für ihre Beteiligung am Anschlag Dornier gibt sie nichts her.

Warum wir die Unhaltbarkeit eines "Indizes" aufzeigen, mit dem Luitgard Hornstein nie in Zusammenhang gebracht wurde? Nun, der BGH-Beschluß vom Ende diesen Jahres zählt die Bekanntschaft von Luitgard Hornstein mit Leuten, die in den Augen der Staatsschutzsenate Dornier angegriffen haben, zu den "Lebenstatsachen", die sie als "Mittäterin" ausweisen. Es reicht im real existierenden Rechtsstaat nicht aus, die Einführung der Kontaktschuld zurückzuweisen. Wir sind gezwungen, darüberhinaus den ganzen Schmarren neu aufzurollen, der bei Chris, Andrea Rico zur Verurteilung wegen Anschlagsbeteiligung führte. Nicht nur Luitgard Hornstein muß raus. Sie ist die erste. Danach müssen alle wegen Dornier verurteilten entlassen werden. Wir fordern die Wiederaufnahme der Verfahren.

Struktur – Irrgarten

Das Urteil des 5. Strafsenats gegen Christian Kluth ist rechtskräftig. Die ca 100 Seiten starke Revision der Verteidigung wurde durch den BGH verworfen. Die in der Revisionsbegründung aufgeworfene Problematik des Schriftsachverständigen Ockelmann (betr. Dornier) löst der BGH, indem er sie ignoriert. Und die Kritik an der Ebenen-Konstruktion der BAW (betr. "Mitgliedschaft...") umgeht er, indem er darauf verweist, daß Chris und auch Luitgard nicht unbedingt wegen Mitgliedschaft in der RAF sondern auch wegen Mitgliedschaft in einer "organisatorisch anders zusammengesetzten terroristischen Vereinigung" (BGH) hätten verurteilt werden können. Der BGH-Beschluß umfaßt eine ganze Seite.

Damit ist schon wieder Paradoxes "gerichtsbekannt": Christian Kluth und Luitgard Hornstein, gegen die in der Hauptverhandlung ein entsprechender "rechtlicher Hinweis" erging, gehören womöglich einer "organisatorisch anders zusammengesetzten" Vereinigung an als Rico und Andrea, in deren Verhandlung vor dem gleichen Senat ein solcher Hinweis nicht erging. Und doch sollen alle vier eine und dieselbe Aktion, den Anschlag auf Dornier, unternommen haben. Die Inkonsistenz von

Konstruktionen, die die Wirklichkeit verkehrt abbilden, damit sie für den Staatsschutz griffig wird, ist notwendig. Inzwischen scheint sie an allen Ecken des Verfahrens gegen die DüsseldorferInnen durch.

Knastkampf = "RAF im Knast"

Außer durch die Behauptung, Luitgard Hornstein, sei am Anschlag auf Dornier beteiligt gewesen, versucht die BAW noch auf einem zweiten Wege ihre Verurteilung zu weiteren Jahren Knast durchzusetzen. In ihren Augen gehören politische Gefangene zur RAF, solange sie sich nicht "läutern". Luitgard Hornstein hat Briefkontakte zu anderen radikalen Linken drinnen und draußen. Die Zensoren können an ihren Briefen ablesen, daß sie sich nach wie vor weder mit den herrschenden Verhältnissen, noch mit ihrem Verfahren, noch mit ihren Haftbedingungen abgefunden hat. Sie schreibt z.B.:

"für mich selbst ist es sehr schwer aus dieser situation der isolation heraus nach 3 1/2 Jahren den prozeß zu führen, ohne die möglichkeit intensiver diskussion. jedes konzentrierte arbeiten unter diesen bedingungen ist schwer, und es wird nur noch einmal mehr deutlich, warum sie uns als u-häftlinge unter keinen umständen zusammen lassen. wir könnten dann ja die prozesse so führen, wie es eigentlich notwendig wäre. weißt du, zu den bedingungen hier kommt auch die ständige behinderung der vorbereitung durch diverse dinge, wie die kontrolle und das anhalten von verteidigerpost. das geht so weit, daß selbst anträge aus dem protokoll des letzten verfahrens, die die verteidigung also wir gestellt haben, angehalten werden, mit der behauptung, das sei keine verteidigerpost."

Gegen solche Haftbedingungen hat sich Luitgard Hornstein, wie Christian Kluth, Andrea Sievering, Eric Prauss, Rolf Hartung, Thomas Kilpper, am Hungerstreik 1989 für ihre Zusammenlegung mit Gleichgesinnten in großen Gruppen, für die Entlassung haftunfähiger Gefangener, für die Möglichkeit an der politischen Diskussion teilnehmen zu können, beteiligt. In den Augen der BAW ist u.a. dies die fortgesetzte "mitgliedschaftliche Beteiligung an der RAF". Wenn es ihr gelingt, auf diesem Wege die erneute Verurteilung Luitis zu erreichen, so hätte dies Auswirkungen für alle politischen Gefangenen. Bisher ist noch kein Gericht dem entsprechenden Ansinnen der BAW gefolgt. Die Öffentlichkeit hat auch diesen Aspekt des Prozesses gegen Luitgard Hornstein im Auge zu behalten.

Luitgard Hornstein wurde bei Erscheinen dieses Artikels von der U–Haftanstalt Hamburg nach Stammheim verlegt. Wir befürchten, daß die demütigenden Schikanen in Stammheim zunehmen werden. Insbesondere wäre nicht einzusehen, daß sich Luitgard Hornstein vor und nach Besuchen den bediensteten Voyeuren der Stasi nackt zeigen müßte. Sie wird sich gegen derartiges wehren und hat unsere Unterstützung. Das Nackt–Ausziehen einer ohnehin isolierten Gefangenen vor bzw. nach Besuchen, die durch die Trennscheibe behindert sind, hat nur einen Zweck: Demütigung.

Freilassung - Wiederaufnahme

Luitgard Hornstein hat eine Biographie, die 100e von Linken mit ihr teilen. Sie war an einer bundesweiten Diskussion beteiligt, an der sich Hunderte und auch die Mitglieder des Kollektivs RAF beteiligten. Sie wurde mit Christian Kluth verhaftet, dessen damalige Mitbewohnerin Andrea Sievering angeblich Briefumschläge beschriftet hat. Sie wurde gemeinsam mit Eva Haule, einem erklärten Mitglied der RAF, verhaftet. Und sie saß gemeinsam mit dieser auf der gleichen Anklagebank. Dafür wurde sie wegen "Mitgliedschaft in der RAF" zu 4 Jahren Trakt verurteilt. Die damalige Höchststrafe lag bei 5 Jahren. Sie liegt jetzt bei 10 Jahren. Weil Luitgard Hornstein zwischenzeitlich nicht "abgeschworen" hat, sondern auch im Knast weiter für ihre Interessen kämpfte, will die BAW mit Unterstützung des BGH die 10 Jahre voll machen.

Als Hebel möchte sie den Anschlag auf Dornier benutzen, mit dem Luitgard Hornstein durch die oben aufgezählten Lebensumstände, die schon zur Verurteilung wegen "Mitgliedschaft..." führten, in Verbindung gebracht werden soll. Dagegen fordern wir die tatsächliche Beweisaufnahme. Sie wird erbringen, daß Luitgard Hornstein nicht mit der praktischen Ausführung und Vorbereitung des Anschlags auf Dornier in Zusammenhang zu bringen ist. Außerdem wird sie ergeben, daß der einzige

"gerichtsbekannte" räumlich–personelle Zusammenhang zwischen der Düsseldorfer Gruppe und dem Ort des Anschlags sich ins Nichts auflöst, da BAW und Gericht ihn durch einen Gutachter herstellen ließen, dessen "Methodik" als Kaffeesatz–Leserei zu bezeichnen ist.

Die Bundesanwaltschaft hatte in den letzten Monaten einige Schlappen zu verzeichnen. Der Versuch, mit Hilfe ihres Ebenen–Modells der RAF und den Kunstwörtern "subjektive Tatseite" bzw. "Lebenstatsachen" tief in die Widerstandsszene einzudringen und einzelne einzulochen, ist z.B. in Stuttgart völlig gescheitert. Uli Winterhalter verließ den Stammheimer Gerichtssaal (nach 9 Monaten U–Haft) als "freier Mann". Die in Stuttgart gegen sechs weitere GenossInnen laufenden Verfahren wegen "Mitgliedschaft in der RAF" sind zum größten Teil eingestellt. Und auch in dem Verfahren gegen Thomas Kilpper erging vor kurzem der rechtliche Hinweis, daß er statt wegen "Mitgliedschaft..." auch wegen "Unterstützung..." verurteilt werden könne. Auch ihm wird vor allem das Diskutieren und Nachdenken, seine Art zu leben, vorgeworfen. Wir haben zu verhindern, daß derlei gerichtsverwertbar ist. Die Organisierung einer Diskussion kann weder an sich strafbar sein noch kann sie - wie bei Luitgard Hornstein vorgesehen – als Indiz für Anschlagsbeteiligung dienen.

Kiefernstraße = "Terror–Nest"

Die gemeinsame Verhaftung von Luiti und Chris aus der Kiefernstraße mit Eva Haule hatte eine massive Pressehetze zur Folge. Die Kiefernstraße, in der die beiden wohnten, wurde als "Terroristennest", als "Zentrum der Terroristen in der BRD", als "Hauptquartier der RAF" bezeichnet. Mindestens 30 Personen seien zum "unmittelbaren Umfeld der RAF" zu rechnen, es habe im Laufe der letzten drei Jahre kaum einen Anschlag der RAF gegeben, an dem nicht Bewohner der Kiefernstraße beteiligt gewesen seien usw. Die Kiefernstraße war damit zum Hauptmittel der Staatsschützer geworden, um die abstruse "Ebenen–Theorie" der BAW propagandistisch festzuklopfen. Darüberhinaus diente die Hetze der örtlichen CDU. Sie erzwang Mietverträge, die verhindern sollten, daß die AnwohnerInnen ihr Zusammenleben allzu unabhängig von staatlichem Zugriff organisierten.

Die Betroffenen reagierten allzu lange nicht auf die staatlichen Angriffe. Zum einen wurden sie nicht ernst genommen. Andrerseits aber führten sie zu einer regelrechten Lähmung. Die Angriffe wurden verdrängt und konnten untergründig die beabsichtigte Wirkung umso ungestörter entfalten. Am 8.9.88, am gleichen Tag wie Uli Winterhalter, wurde nach Luiti, Chris, Andrea und Rico der Nächste, nämlich Thomas Kilpper, geholt. Dies verstärkte zunächst die Lähmung. Was monatelang als Damoklesschwert über der Straße gehangen hatte, war eingetreten. Erst als am 4.10.88 auch noch Rolf Hartung direkt von der Straße weg verhaftet wurde, änderte sich die Stimmung. Es reichte nun. Es wurde eine Demonstration organisiert, deren Parolen das ausdrückten:
SCHLUSS MIT DEN VERHAFTUNGEN!
SCHLUSS MIT DEN STAATSSCHUTZLÜGEN!

Fehler korrigieren!

In dem bisherigen Verfahren gegen Luiti, Chris, Andrea und Rico haben wir Fehler gemacht. Wir haben es versäumt, die Methoden und Absichten der diversen Abteilungen des Staatsschutzes öffentlich zu kritisieren und anzugreifen. Im ersten Info zum Prozess gegen Thomas Kilpper schreibt die Düsseldorfer Prozessgruppe, daß das Vorgehen bei Fritz Storim, Ingrid Strobl, Uli Winterhalter als Schritte in die richtige Richtung gesehen werden. Wenn wir still halten, gehen sie immer weiter vor. Freilich garantiert unser Eingreifen nicht, daß die Gerichte nicht nach dem Motto handeln: Augen zu und durch. Wir haben dies bei Ingrid Strobl gesehen. Aber der Preis, den die Herrschenden für eine Verurteilung zu zahlen haben, den können wir hoch schrauben. Das ist unser hilfsweises Ziel. Zuallererst aber gilt:

TREFFPUNKT: OPERNPLATZ 11 UHR

AUFRUF ZUM INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK

WER IM HERZEN DER BESTIE KÄMPFT SOLLTE NICHT DENKEN, ES SEI NUR EIN SPIEL MIT DER HAUSKATZE!

AUF DER BUNDESWEITEN DEMONSTRATION "NIE WIEDER DEUTSCHLAND" AM 12.MAI IN FRANKFURT

Alle Parteien, von der rechten Großdeutschland-Vorstellung der CDU, der Republikaner und teilen der SPD, bis zu der sozialdemokratischen und fortschrittlichen Variante der SPD, der Grunen und AL beteiligen sich an der Durchsetzung der Wiedervereinigung in teutsch-teutschem Taumel.

Die teutsche Nation gewinnt an Bedeutung:
In den heutigen Planen eines vereinten Europas mit der Vormachtstellung der BRD - wiedervereint mit der DDR als gesamtteutsche Nation - setzt sich der Gedanke der NS-Großraumpolitik fort. Das Interesse des Kapitals ist die schrankenlose Durchdringung und Ausbeutung Osteuropas unter kapitalistischen Bedingungen, die Schaffung von Billiglohnlandern und eines Ausbeutungs- bzw. Verwertungsgefalles in den Regionen Osteuropas. Uber die Wiedervereinigungs - Verhandlungen werden die Politiker im Interesse des Kapitals - und auf unsere Kosten - lediglich die besten Bedingungen dafur herausschlagen. Mit der Begleitmusik nationaler Identität!

Nationalistisches Gedankengut ist aber nicht allein die Ideologie einzelner Parteien.
Nationales Bewußtsein lauert in den teutschen Wohnzimmern unter und uber den kleinkarierten Paradekissen. In der ablehnenden Haltung und Feindseligkeit gegenuber allem "Fremden", gegenuber Fluchtlingen und MigrantenInnen, gegenuber sog. Randgruppen und Oppositionellen. Und wird von fahnenschwenkenden und autoritatsglaubigen "Menschenmassen" getragen und vertreten.

Bierteutsche Mentalität und Ellenbogendynamik, neuerdings yuppiemaßig aufgepäppelte Leistungsideologien! Die Bedrohung ist das Aufleben der teutschen Ideologie des HERRenmenschen.

Spucken wir ihnen in die Suppe - anstatt sie auszulöffeln!!!

Wir rufen auf zu einem phantasievollen und kämpferischen INTERNATIONALISTISCHEN BLOCK GEGEN DAS TEUTSCHE GEMÜT !!! Auf der bundesweiten Demonstration "Nie wieder Deutschland" AM 12. MAI in FRANKFURT



Die Grundlagen sind tief in den Herzen und Kopfen der Menschen verwurzelt: Von der Nicht-Bewaltigung und Verdrehung der faschistischen Vergangenheit bis zur aktuellen Unterdruckung und Entfremdung eigener und authentischer Bedurfnisse - durch entfremdete Arbeit, dem Warencharakter in allen Lebensbereichen - bishin zur Erziehung zum/zur gehorsamen StaatsbürgerIn, in der durch die massive Vereinzelung und Individualisierung jegliche Solidaritat negiert wird.

Nationalismus als "Massenphanomen" hat auch eine materielle Grundlage: Die verscharften Bedingungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, der Verlust des Statusquo der WohlstandsburgerIn und die wachsende Existenzangst fuhren zu verstarkter Verunsicherung, die bis in die Familien und auf der Straße spurbar ist. Nach dem Prinzip "Teile und HERRsche" haben die HERRschenden ein existenzielles Interesse die soziale Unzufriedenheit, uber die Erzeugung einer "teutschen Identitat", in Rassismus und Sexismus gegen Frauen und sog. AuslanderInnen zu drehen - damit sie sich nicht gegen sie wendet, gegen den Chef, gegen das Arbeits- und Sozialamt, gegen den Hausbesitzer und Spekulant.

Global denken - lokal handeln
Als InternationalistInnen beziehen wir uns auf die weltweiten Kämpfe fur Befreiung und Selbstbestimmung - von den Befreiungsbewegungen im Trikont, über Landbesetzungen, Plünderungen, Fabrikkämpfen bis zur Revolte - auf den alltäglichen Kampf um ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes und freies Leben.

Wir beziehen uns auf die Menschen, die , auch vom westdeutschen Kapital, mobilisiert und vertrieben durch die ökonomische und politische Situation in ihren "Herkunfts"-Ländern weltweit auf der Flucht sind und auf die hier in den Metropolen lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen. Für die meisten endet die Flucht kurz hinter der Grenze ihres "Herkunfts"-Landes in den Flüchtlingslagern (z.B. leben Teile der kurdischen Bevolkerung nach den Giftgasbombadierungen unter lebensbedrohlichen Bedingungen in den Lagern der Turkei und des Iran).
Ca. 75% aller auf der Flucht lebenden Menschen sind Frauen. Lediglich 20% kommen in die westlichen Industrielander und müssen sich unter menschenverachtenden und sexistischen Bedingungen verkaufen. Immer mehr Frauen auch aus Osteuropa werden auf dem "Heiratsmarkt" als Ware Liebe verkauft. Seit dem "Mauerfall" erfahrt die Porno-Industrie durch die Erschließung neuer "Absatzmarkte" mit der Frau als Ware einen enormen Boom.



Imperialistische Politik gegen Fluchtlinge und MigrantInnen weltweit, spiegelt sich auch in den westlichen Industrielandern wieder und ist nicht zu trennen von der Politik gegen sog. AuslanderInnen hier.
Durch die Schaffung des "Gesamteuropaischen Hauses" wird eine eg-weite Angleichung von Gesetzen, Verfahren und Maßnahmen vorangetrieben bzw. geschaffen. Die Folgen und Auswirkungen davon sind gezielte Abschottung und bessere Kontrolle der Fluchtlingsströme, sowie Verschlechterungen in Bezug auf das Arbeits- und Sozialrecht.

Das neue "Auslandergesetz", das in der BRD bis zum Sommer verabschiedet werden soll, stellt einen umfassenden Angriff gegen alle Fluchtlinge und MigrantInnen dar. Durch dieses Gesetz werden die bisherigen Kompetenzen der einzelnen Bundeslander aufgehoben, die alleinige Entscheidungsgewalt liegt dann beim Bundesinnenministerium. Desweiteren soll eine sog. Aufenthaltsbewilligung eingefuhrt werden, die zweckgebunden an Arbeit oder Studium ist und alle zwei Jahre verlangert werden muß. Hinzu kommen Verscharfungen der Ausweisungsgrunde: z.B. muß genugen Wohnraum nachgewiesen werden. Politische Betatigung kann auf Grund des Gesetzes verboten werden.

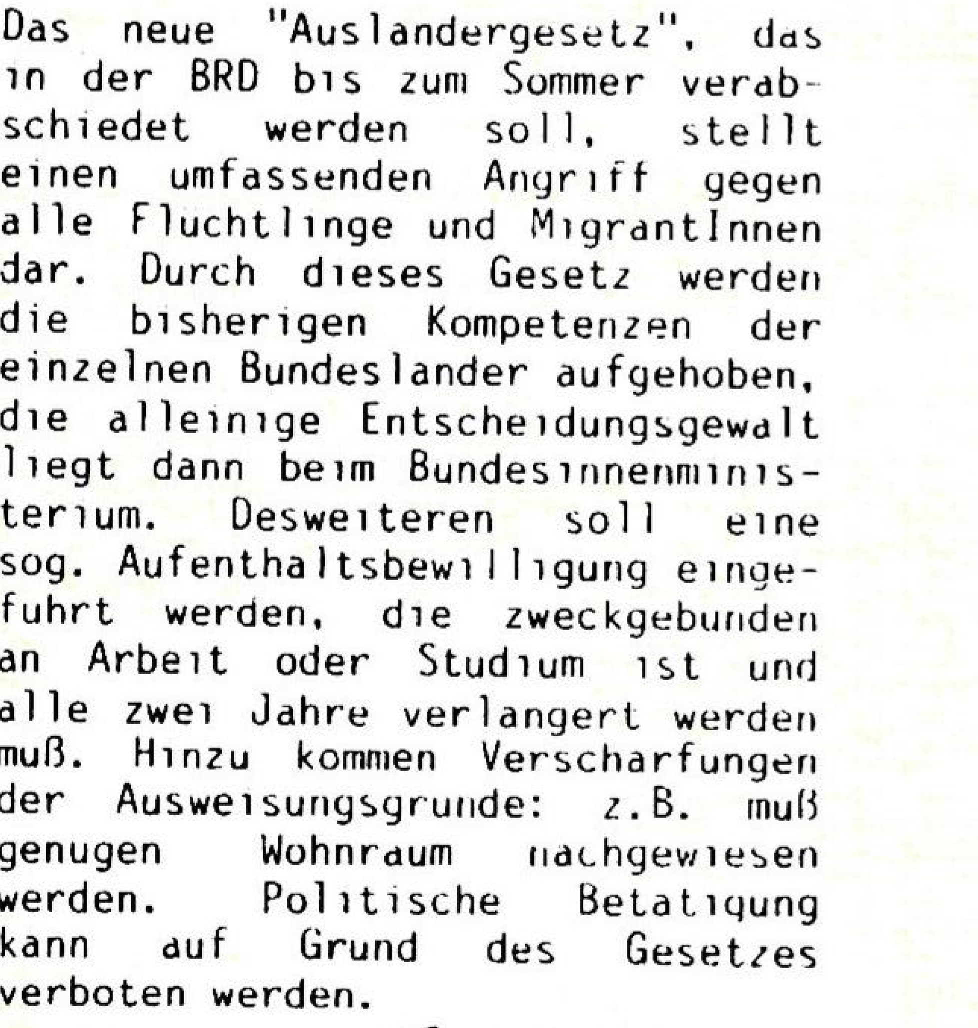


Das Prinzip des Rassismus ist die hierarchische Einteilung der Menschen nach Hautfarbe, Herkunftsland und/oder Religion, um so jeweils eigene und voneinander isolierte Gruppen von Menschen zu schaffen, gegen die die HERRschenden dann im Verwertungsinteresse des Kapitals ihre Politik betreiben. Mit dem Ziel die unterdruckten und entfremdeten Menschen zu spalten und gegeneinander zu hetzen. Rassismus ist die Ideologie derer, die die jeweils "unterlegene Gruppe" z.B. fur Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich machen. Imperialistische Politik gegen Fluchtlinge und MigrantInnen ist eine Politik der Kontrolle und Erfassung der Menschen im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit.

Hier trifft sich Rassismus mit Sexismus, als die Form der Unterdruckung, Entfremdung und Gewalt gegen Frauen.
So werden alltagliche Widerspruche zwischen den Interessen der HERRschenden und dem Bedurfnis nach Lebendigkeit und Selbstbestimmung, durch konstruierte Widerspruche - durch rassistische und sexistische Ideologien vernebelt bzw. ersetzt.

Sicherlich wird es uns nicht bis zur Demonstration gelingen, die neuen und offenen Fragen, die sich durch die Veranderungen in Osteuropa für uns stellen zu beantworten, z.B. die Frage nach der Bedeutung der Veranderungen im internationalen Kräfteverhaltnis für die Befreiungsbewegungen im Trikont? offen bleibt auch, ob die Einverleibung der DDR wiederspruchslos von statten gehen wird,

oder ob die enttäuschten Erwartungen an den "goldenen Westen" zu neuen Perspektiven des Widerstandes führen: die Frage ist auch, ob und wie die sozialdemokratische Befriedungsstrategie innen- wie außenpolitisch unter der sich weiter ausbauenden Vormachtsstellung "Deutschlands", noch zum Tragen kommen wird ?



Wir denken aber, daß es genug Grunde gibt auf die Straße zu gehen und unserer Wut und Phantasie, unsrer Lebendigkeit Raum zu verschaffen. Dort und über die Demonstration hinaus, wir bleiben dabei:
Praktischer Internationalismus wird sich voraliem daran messen, ob es uns gelingt den Widerstand an den Wiedersprüchen hier voranzutreiben, auf dem Arbeits- und Sozialamt, auf der Straße, im Wohnheim und Knasten, in den Familien, Schulen und Fabriken ....

Und gleichzeitig die Institutionen und Instrumente imperialistischer HERRschaft anzugreifen.

Auch wenn uns kein Optimismus streift, mit dem revolutionaren Kampf um Befreiung gegen Ausbeutung und HERRschaft hier und der antiimperialistischen Solidarität mit den Befreiungskämpfen im Trikont schalte sich ein Begriff internationaler Revolution heraus, der grundsatzlich nichts von seiner Aktualität eingebußt hat.

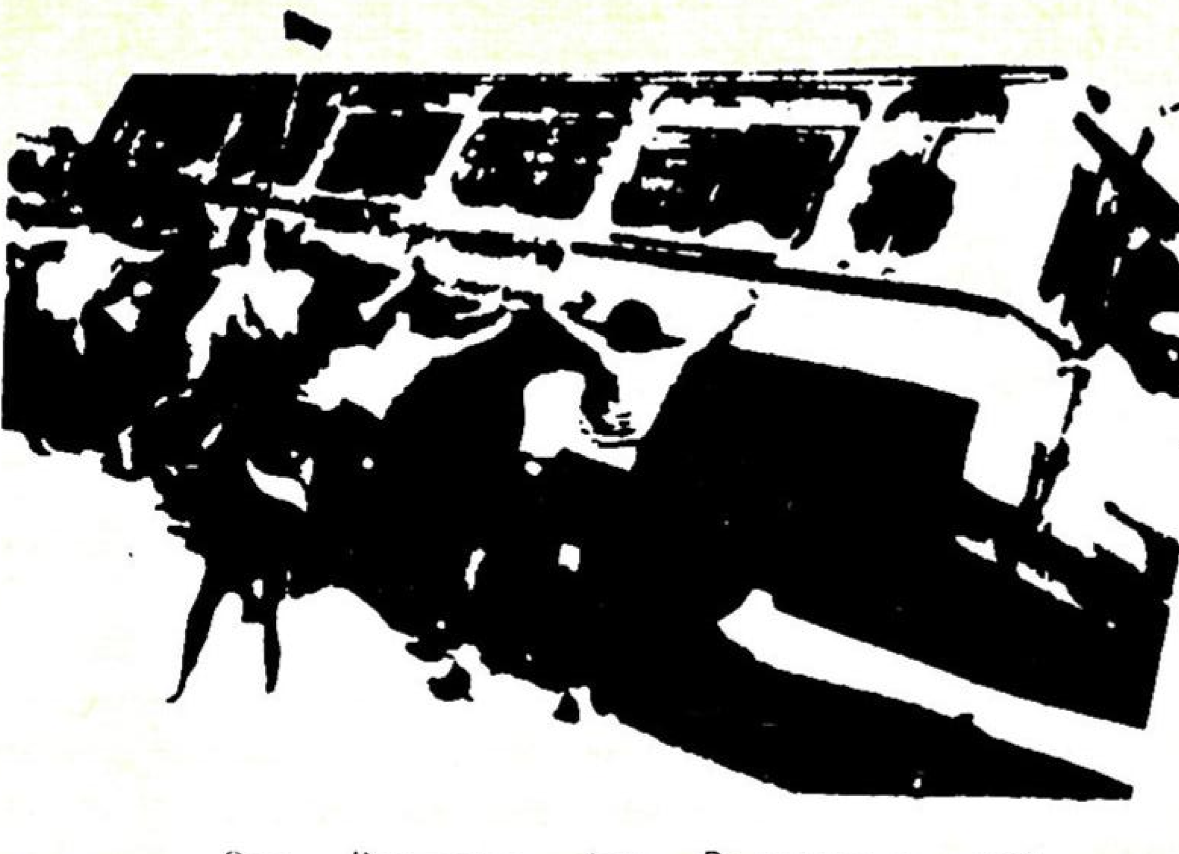
Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern - sondern zwischen oben und unten

Gegen das Europa der HERRschenden!

Für freies Fluten - auch in unseren Köpfen!

Solidarität sprengt jede Nation - internationale Revolution!

"Deutschland muß sterben, damit wir leben können!"

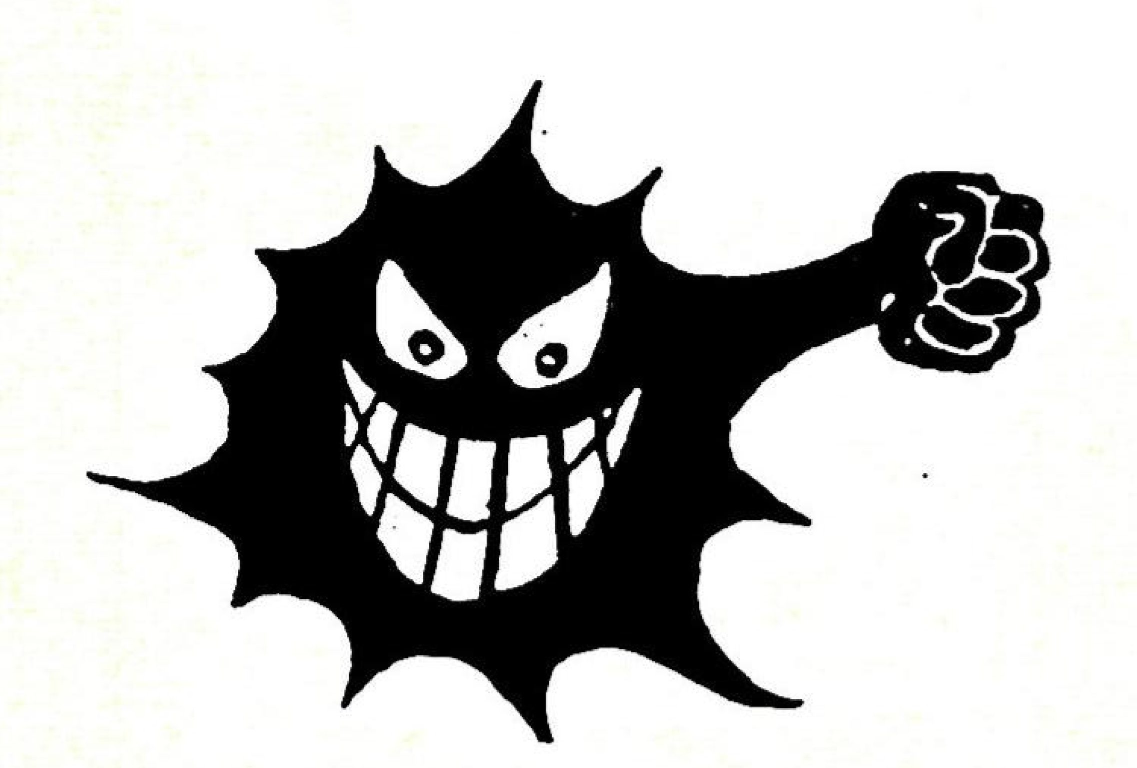


Einige autonome Gruppen Rhein-Main

DER CASTOR FÄHRT – WIR STELLEN UNS QUER

19. Mai: Bundesweiter Aktionstag gegen die Castortransporte nach Gorleben

als Auftakt für weitere Maßnahmen!



An Gorleben bleibt alles kleben!

Genau vor zehn Jahren – im Mai 1980 – erreichte der Widerstand gegen das verlogene "Entsorgungskonzept" einen ersten Höhepunkt.

Die Freie Republik Wendland auf dem Bohrloch 1004 konnte mehrere Wochen lang die Ablehnung des Atomprogramms deutlich manifestieren.

Seither wurden viele neue AKWs gebaut, ungelöst ist die "Entsorgung" des strahlenden Mülls. Der Atommüllberg wächst, ohne daß jemand weiß, wohin damit. Aber die Atomkraftwerke werden nicht abgeschaltet. Sie produzieren weiter – vor allem Atommüll. **"Entsorgung" gibt es nicht – es gibt nur den täglichen Aufschub der nächsten Katastrophe.**

Das Konzept der Regierung, weniger zur tatsächlichen "Entsorgung", vielmehr zur Beruhigung der Bevölkerung gedacht, hat in den letzten zehn Jahren, dank des kontinuierlichen Widerstandes der Anti-AKW-Bewegung, viele Rückschläge erlebt.

Die WAA konnte weder im Wendland noch in der Oberpfalz durchgesetzt werden. Nur die Flucht ins Exil nach Frankreich und Großbritannien konnte diesen "Entsorgungsast" kurzfristig retten.

Die anderen Projekte, "Zwischenlager" in Gorleben und Ahaus und "Endlager" in Schacht Konrad und Gorleben, konnten um Jahre verzögert werden.

Inzwischen hat der Atommüllberg ein Ausmaß angenommen, daß für die Atommafia immer mehr zum Problem wird. Die Abklingbecken der AKWs sind übervoll, die Verträge mit den WAAs ausgeschöpft und ab 1993 kommt der Abfall aus der Wiederaufarbeitung im Ausland zurück.

Also muß eine "Lösung" gefunden werden, egal wie und wo.

Unter diesem Druck wird nun mit allen Mitteln versucht, das "Entsorgungszentrum" Gorleben durchzusetzen. Der Baubeginn der **Pilotkonditionierungsanlage (PKA)** im Februar, die Gerichtsentscheidung zum Ausbau des Salzstocks als **Endlager**, genannt "Erkundung", die zunehmenden Transporte von schwach- und mittelaktivem Müll in das **Faßlager**, all dies deutet darauf hin.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg vom 12. April, das die Einlagerung von CASTOR-Behältern mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen im **"Zwischenlager"** Gorleben zuläßt, setzt dem ganzen die Krone auf. Die CASTOR-Transporte konnten jahrelang durch den Widerstand auf den Straßen und politischen Druck auf die Gerichte verhindert werden. Jetzt kann aus jedem AKW der Republik der erste CASTOR angeliefert werden. Damit hoffen die Betreiber endlich ihr Märchen von der "Entsorgung" in die Köpfe der Menschen zu bekommen.

Die CASTOR-Transporte stellen eine zusätzliche Gefahr dar. Ein CASTOR-Behälter enthält ein Vielfaches des radioaktiven Inventars der Hiroshima-Bombe.

Aus der Krise in die Offensive?

Spätestens seit Tschernobyl befand sich die Atomwirtschaft in einer tiefen Krise. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist verloren, neue Aufträge für AKWs bleiben aus und einige "zukunftsweisende" Projekte wie der Brüter, der THTR, das HTR-Modul wurden in den Sand gesetzt.

Inzwischen schöpfen die AKW-Betreiber neue Hoffnung durch die Diskussion um die Klimakatastrophe und die neuen Märkte im Osten.

Wenn es der Atommafia in dieser Situatuion gelingt ihre "Entsorgungspläne" um die im Augenblick dringlichste Etappe "Zwischenlager" voranzutreiben, könnte dies ein entscheidender Schritt von der Krise zur Offensive der Atomwirtschaft werden.

Schon wird über Pläne für neue AKWs Mitte der 90er Jahre spekuliert...

Wenn der Einstieg in die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente ohne größere politische Probleme gelingt, führt dies zu einer **Zementierung der Entsorgungslüge.** Damit verliert die Anti-AKW-Bewegung viel politisches Terrain, welches sie sich in den letzten Jahren erkämpft hatte.

Zwar bleibt die "technische Entsorgung" ungelöst, die "politische Entsorgung" wäre aber weit fortgeschritten.

Wir stellen uns quer

Im Wendland bereiten sich die Menschen unter dem Motto "Wir stellen uns quer" auf Blockaden der ersten CASTOR-Transporte vor.

Gruppen an möglichen Transportstrecken in Norddeutschland planen Aktionen. **Dies ist gut, aber nicht ausreichend.**

Da der Müll aus jedem AKW letzendlich nach Gorleben soll, ist auch jeder Standort von der Entwicklung in Gorleben abhängig. Wenn die überfüllten Abklingbecken nicht bald geleert werden, ist ein Weiterbetrieb der Reaktoren nicht möglich.

Um einer neuerlichen Forcierung des Atomprogramms rechtzeitig Einhalt zu gebieten, ist es entscheidend, unseren Protest und Widerstand gegen das "Entsorgungskonzept" und gegen die CASTOR-Transporte zu verstärken.

Wir rufen dazu auf...

...gemeinsam am 19.Mai an allen AKW-Standorten mit Aktionen (z.B. Kundgebung, Blockade, Mahnwache usw.) auf die bevorstehenden CASTOR-Transporte aufmerksam zu machen.

...spätestens ab diesem Tag an allen Standorten eine umfassende und öffentliche Beobachtung zu organisieren, um den CASTOR zu entdecken und das Thema weiter in der regionalen Öffentlichkeit wachzuhalten.

...wenn die Transporte laufen, überall an der Strecke, vom AKW bis nach Gorleben durch vielfältige Aktionen dem Widerstand Ausdruck zu verleihen.

Erstunterzeichnerlnnen: Initiative gegen den Atomtod Mannheim/Ludwigshafen, Anti-AKW-Büro Heidelberg, Darmstädter Initiative für die Abschaltung aller Atomanlagen (DIFA), Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA), Anti-Atomtransporte-Plenum Hessen/Baden

Kontakt: Vorbereitungsgruppe 19. Mai c/o Anti-AKW-Büro, Schillerstr.28, 69 Heidelberg, Tel. 06221/12861 (auch für weitere Unterzeichnerlnnen)

Spendenkonto: Anti-AKW-Büro 20 55 52 03 bei Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) – Stichwort: CASTOR

Intern. Treffen der Häuserfront vom 24.6. - 27.6. in Hamburg

betr.:Internationales Treffen der Häuserfront 24.-27.juni in Hamburg
mindestens

Liebe FreundInnen, KollegInnen, GenossInnen

Zur Situation:

Seit 1985 fanden regelmäßig die Sylvestertage Hafenstr.statt. Sie dienten dem internationalen Informationsaustausch, führten aber darüberhinaus zu keinen politischen Konsequenzen. Versuche,z.B. ein bundesweites, mehrmals im Jahr stattfindendes Häusertreffen zu organisieren, scheiterten an Unverbindlichkeit, Unterschiedlichkeit der Interessen und ständigem Wechsel der Diskussionspartner. Wir wollen einen neuen Versuch wagen,übergreifende Stukturen zu entwickeln. Das ist in der derzeitigen politischen Situation dringend angesagt: Die Reaktion hat selten so günstige Voraussetzungen gehabt,Widerstand zu vernichten, wie Heute.

1. Durch die Zerschlagung des r.e.sozialistischen Blocks entfällt der außenpolitische Gegner - dies lässt ihnen Platz, sich dem innenpolitischen Gegner kräftiger zu widmen. Auch die Funktion der BRD, die bisher eine gewisse "Liberalität" als antikommunistisches Bollwerk nötig machte, ändert sich (z.B.verschärfte Anwendung der Aussperrung,diverse nach dem Krieg festgeschriebene Rechte, die sich die Arbeiterklasse anderer Länder bis heute nicht erkämpfen konnte (Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle o.Ä.)).

Jetzt gilt es linke Strukturen gänzlich aufzureiben,um reibungslos die Ausbeutung der neugewonnen Ländereien zu organisieren.

2. Sämtliche - im weitesten Sinne - linken Organisationen sind (so gut wie) aufgelöst. Das verengt auch unsere Infrastruktur und unseren Einfluß, der ja sowiese, z.B in den Betrieben als unwesentlich zu erachten ist.

3. Die enorme Ausweitung der Märkte mit dem neu hinzugekommenen Potential an gut ausgebildeten FacharbeiterInnen (Republikflüchtlinge) ermöglicht Riesengewinne, ohne daß gewerkschaftliche geschweige denn linke Positionen berücksichtigt werden müßten. Die Arbeiterschaft wird durch die auf Anpassung bedachten Über/Um/Aussiedler noch weniger linken Positionen gegenüber aufgeschlossen sein.

4. Unsere Strukturen erfordern wenig Verbindlichkeiten und Übernahme persönlicher Verantwortung. Aktionen verlaufen selten im Zusammenhang kontinuierlicher Kämpfe sondern höchstens als kurzfristige Kampagnen, die dann aus den Augen verloren werden, wenn sich neue "Wichtigkeiten" offenbaren.

Die alte Maxime des Kapitals: Aufstandspotential integrieren oder atomisieren, gewinnt zunehmend neue Bedeutung. Die Vorbereitungen für Europa '92 sind auf dem Sektor Aufstandsbekämpfung schon weitestgehend abgestimmt,z.B. sollen europaweit Hausbesetzungen prinzipiell unterbunden werden (TREVI-Abkommen).

Das Durchmarschieren des großen Geldes bewirkt schon heute zahlreiche Firmenfusionen. Die Machtanballung in wenigen Zentren wird verstärkt durch Außer-EG-Kapital, welches jetzt noch rechtzeitig einen Fuß in die Tür bekommen will. Gleichzeitig müssen die Regionen neu koordiniert werden, die bluten sollen für den Aufstieg der Kapitalhochburgen - sowohl innerhalb Europas als auch noch viel krasser im Trikont.

Unser Vorschlag:

Die Eröffnung des Kommerzkulturpalastes "phantom of the opera" Hamburg, soll eine große Party der Bougeoisie werden (Eintrittskarte 1000,-DM).Dort beklatschen sich jene, die unsere Viertel zerstören und uns an den Stadträndern ghettoisieren wollen. Sie veranstalten hier zeitgleich einen internationalen Handelskammerkongress, auf dem sie ihre Marschrichtung durch die ehemals r.e.sozialistischen Länder zementieren wollen. Ein netter Anlaß uns mal sehen (oder so) zu lassen. Wir wollen europaweit versuchen dann ein Treffen mit euch zusammen zu organisieren, das über den bloßen Erfahrungsaustausch hinausgeht:

Wir könnten z.B. darüber reden

** in allen europäischen Ländern zeitgleiche nationale Demos gegen die Zerstörung unserer Viertel, Häuser, Strukturen zu organisieren.

** einen internationalen Tag X (vielfältige dezentrale Aktionen) zu dem Thema zu machen.

** über die existierenden Strukturen von Infoläden versuchen, Gruppen aufzubauen, die es ermöglichen, nicht nur zu reagieren sondern kurzfristig zu agieren. z.B. dort eigene Vorschläge zu entwickeln und den verschiedenen Zusammenhängen am Ort (oder nach Bedarf darüber hinaus) vorzustellen o.Ä.

Das sind nur Beispiele. Wäre gut, wenn ihr selber noch Vorschläge entwickeln könntet.

Natürlich wäre es auch gut eben die Kollektivprobleme von Infoläden, Kneipen etc. zu behandeln und logo auch den Bock aufeinander zu stärken.

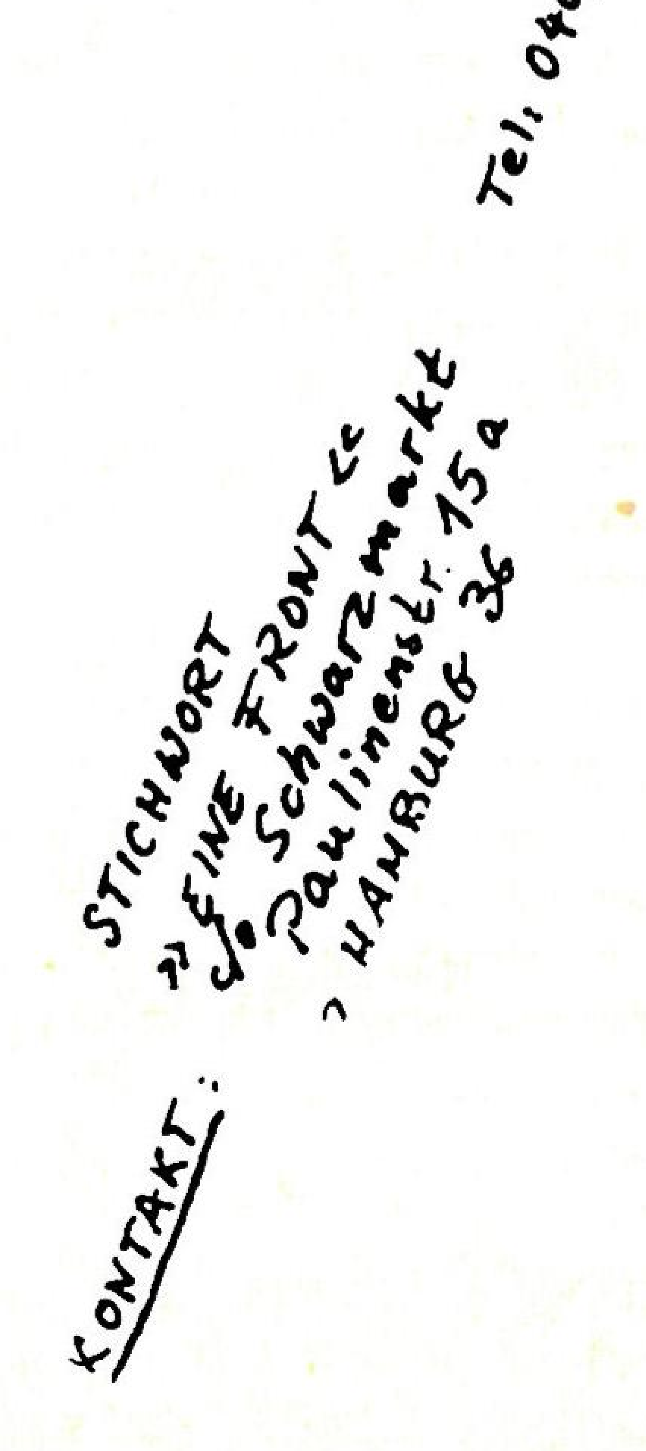
In diesem Sinne ein entschlossenes

VORWÄRTS IM KAMPFE

Gruppe revolutionäre europäische Front

Zu einem Koordinierungstreffen laden wir euch ein
am 12.-13. Mai
VOKÜ Hafenstrasse Hamburg St.Pauli

Hamburg, den 17.4.90



TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

Wenn im **Hungerstreik der spanischen Gefangenen** die erste Person ermordet wird: Am selben Tag um **20.00 VV** im Drugstore, Potsdamer Straße 180

Info-Tel. 04221/74945
oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt
Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafé
in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16
bi 20.00 Café in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen
in der Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamos,
freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00
Café Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Di. - Do. ab 15.00 A-Laden Moabit, Rathenower Straße 22

bis 27. 5. außer Mo. + Fr. 12.00 - 18.00 Austellung:
"1. Mai - Hundert Jahre Berliner Maifeiern 1890 - 1990"
Im Heimatmuseum Wedding, Pankstr. 47

bis 27. 5. 16.00 - 19.00 "Verlassene Berg -Lebendiger Berg" Fotos aus dem Bergwerk Siglo XX in Bolivien. Im El Locco

Donnerstag, 10. 5.

17.00 "Die Bücher sind die Taten von morgen"
Eine Dokumentation über die Bücherverbrennung am 10. Mai '33. Zeitzeugen berichten über die damalige Situation und den Versuch die Bücher illegal zu lagern und zugänglich zu halten. 57 Jahre danach stehen weltweit und in der BRD Druckerzeugnisse auf den schwarzen Listen. Über die verbotenen politischen Schriften in der BRD von '45 bis jetzt wird anhand der "Schwarzen Texte" informiert. Im El Locco

19.00 "Kirmes" Spielfilm von Wolfgang Staudte 1960. Bei Ausschachtungsarbeiten auf einem dörflichen Jahrmarktplatz kommen Gebeine eines jungen Deserteurs der letzten Kriegstage zum Vorschein. Sie rühren bei den Überlebenden auf, was damals geschah. Die Kirmes bedeutet Wirtschaftswunder, unter deren Boden eine Vergangenheit voll peinlicher Erinnerungen begraben liegt, an die keiner der Schuldigen mehr denken mag. Im El Locco

21.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Der aus Koblenz stammende "Gebrauchsgraphiker" - wie er sich selbst bezeichnet - Carl Meffert alias Clement Moreau, Schüler von Käthe Kollwitz und John Heartfield, flüchtete 1933 vor den Nazis in die Schweiz und später nach Argentinnien. In der Schweiz illustrierte er mit engagierten Graphiken den "Baseler Vorwärts". Er kämpfte sein Leben lang mit seinen Bildern gegen den Faschismus und für politische Freiheiten. Er verstand seine Kunst als politisches Engagement. Im EL Locco

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag
im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum
in der Nostizstr. 49.

Freitag, 11. 5.

11.00 Treffen für eine +++-Wagenburg. In der besetzten Dachetage am Wassertorplatz, Eingang Kohlfurter Str. 4

16.00 3. autonomes überregionales Frauentreffen vom 11. - 13. 5.. **Thema: ♀♀♀-Widerstand.** In der Schweinemensa, Fabeckstr 23

17.30 "La Larga Marcha de los Mineros"
Video OF. En agosto de 1986, los trabajadores miniros bolivianos decidieron realizar una marcha de 227 km desde los centros mineros a la cuidad de La Paz para reafirmar su oposicion a la politica. Im El Locco

23.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Siehe Do. 10. 5., 21.00. Im EL Locco

21.00 "Der große Aufstand" Der Autor aus Kurdistan liest politische Gedichte. Im El Locco

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00 - 3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 12. 5.

17.00 Der kurdische Volksaufstand
Informationn mit Video über die ausweitung des Aufstandes.
-Massenverhaftungen von über 1000 Menschen
-Ausgangssperre
-30 Tote
-1300 Verletzte
Dies ist die Wirklichkeit in Kurdistan 2 Jahre nach dem erfolgten Gasangriff der Türkei. Um den Volksaufstand der Kurden zu begreifen, um den Kampf um Befreiung zu begreifen, muß die Geschichte des kurdischen Volkes verstanden werden. Im El Locco

21.00 Politischer Aktivismus ... und sonst gar nichts. Vortrag. Der Stand der linken Politik, der immer mehr in Aktivismus ausartet ohne einer inhaltlichen Substanz und einer Kontinuität. Die linke Politik wird immer mehr zur Modepolitik. Nicht die Qualität zählt, sondern die Quantität. Im El Locco

23.00 "Kirmes" Siehe 10. 5. 19.00. Im El Locco

Feté des 3. autonomen überregionalen Frauentreffen In der Schweinemensa, Fabeckstr. 23

jeden Samstag

11.00 - 14.00 Frauentag in der M99

12.00 - 22.00 Frühstück (bei Demos ab 10.00) in der Nostizstr. 49.

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 13. 5.

13.00 Treffen für Frauen, die an kontinuierlicher Frauenpolitik in der Galerie Olga Benario interessiert sind. Wir haben noch kein Schwerpunktthema und wollen mit euch eine Perspektive entwickeln. Wir sind an politischer Zusammenarbeit mit Frauen aus allen Nationen interessiert. Ebenda, Boddinstr. 61

17.00 "Die Bücher sind die Taten von morgen" Siehe 10. 5., 17.00. Im El Locco

17.30 "Der Weg des Zinns" Wo das Zinn herkommt und was wir damit zu tun haben. Im El Locco

19.00 "Die Klabauternacht" Entfesselndes Leben in HH, der ersten Klabauternacht am 4. 4. 86, ein Feuerwerk der Phantasie, Improvisation, Masken, Theater und Spott verwandelt die Stadt. Im El Locco

21.00 "Georg K. Glaser" Schriftsteller und Schmied Film. Im El Locco

22.00 Agentenkollektiv Duisburg, "Merkwerk für Autonome" Veranstaltung und Film. Im Syndikat, Weisestr. 56

Da wir die Schokolade immer gleich abreissen und in uns hineinschlingen ist es leider bei der Bearbeitung der Termine nicht mehr möglich uns für jede Nettigkeit zu bedanken. Das mit dem Kästchen ist mir jetzt zuviel Nerv, aber euren Zettel mit den anderen Terminen können wir schon aufbewahren.

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche.
Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 ♀♀-Kiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Kinder sind erwünscht.

ab 18.00 Kiezküche im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 14. 5.

19.00 "Wer nicht leben können soll, darf sterben wollen müssen" Veranstaltung mit Redebeiträgen zu Euthanasie und neuer-alter Eugenik. Vom Krüppelfrauenstammtisch gegen Gen- und Reproduktionstechnologien und Eugenik. Im Stadthaus Böcklerpark (berollbar), Prinzenstr. 1

19.00 Antifaschistischer Videoabend: **"Die Abenteuer des Werner Holt"** nach dem Buch von Peter Noll, mit anschließender Diskussion. Kostet nix. In der Galerie Olga Benario Boddinstr. 61

20.00 Infoveranstaltung zur Stimmung **in Nicaragua nach den Wahlen** mit Dias und Brigadistinnen. In der besetzten Dachetage Wassertorplatz, Eingang Kohlfurter Str. 4

20.00 Filmreihe gegen Neofaschismus: **"Kamerad Krüger"**
Porträt eines in Hamburg lebenden ehemaligen SS-Mannes, der noch immer faschistisches Gedankengut vertritt. Im Jo-Jo Klub, Wilhelm-Pieck-Str. 216

21.00 Radio Bambule, Schwerpunkt: **AIDS im Knast.** Auf UkW, 103,4 MHz

ca 22.00 Filmreihe gegen Neofaschismus: **"Roger Bornemann - Tod eines Skinhead"**
Vater, Schwesterm Freunde,... rekonstruieren den Weg des 1987 von seinen "Kameraden" zu Tode geprügelten Skins. Im Jo-Jo Klub, Wilhelm-Pieck-Str. 216

22.00 Agentenkollektiv Duisburg, "Merkwerk für Autonome" Veranstaltung und Film. Im Syndikat, Weisestr. 56

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.).

Lesbentag im Café Anna(l), Muskauer Str.15

15.00 Frauencafé im A-Laden, Rathenower Straße 22

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome Alkoholikerinnen Selbsthilfetreffen
im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche
im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

19.00 Volksküche in der Nostizstr. 49.

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

Dienstag, 15. 5.

17.30 "Somos Ambulantes" Straßen-

händlerInnen in Lima. Der ambulante Straßenhandel ist in den Großstädten Lateinamerikas zu einer Überlebenstrategie der Armen geworden und Ausdruck der schweren Wirtschaftskrise. Im El Locco

19.00 "Aufstand der Hexen" Film über die Frauenbewegung in der BRD von 1982. Im El Locco

21.00 "Stop the Clause" Die schwule und lesbische Bewegung gegen Clause 28. Video über den englischen Diskriminierungsparagraph gegen schwule und lesbische Projekte. Wen betrifft es, wenn Mrs. Thatcher den Kommunalbehörden verbietet Homosexualität zu unterstützen? Ein paar Lesben und Schwule irgendwo in England. Oder? Oder! Ein vereintes Europa besteht uns bevor, und damit die Angleichung von Gesetzen. In der BRD wird ein "Sicherheitspaket" verabschiedet mit Paragraphen wie dem §129a. Da kann es für uns ganz plötzlich sehr interessant werden, in Gesetzen zu stöbern, Parallelen zwischen GB und Bayern zu finden, den blanken Zynismus hinter Gerichtsurteilen hervorlugen zu sehen. Im El Locco.

jeden Dienstag

16.00 - 20.00 Antifakneipe im Krümel, Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: 692 22 22 im Mehringhof

Mittwoch, 16. 5.

17.00 "Der Condor kehrt zurück" Südamerika ist der Teil der Welt, der am längsten von Kolonialismus und Neokolonialismus ausgesaugt wurde. Der Kotinent ist ein Pulverfaß sozialer, ökolgischer und politischer Widersprüche. Peru ist das Land, in dem sich diese Widersprüche Ende der 80er Jahre am schnellsten zuspitzen. Der Kondor kehrt zurück in Gestalt von La Droya, der bauernahen von Chota, der revolutionären Bewegung in Peru. Während sich die ArbeiterInnen und BäuerInnen organisieren, sich eine revolutionäre Situation zu entwikkeln beginnt, bereiten die Militärs die blutige unterdrückung der Volksbewegung vor.
Im 2. Teil der Veranstaltung werden Fragen zum "revolutionären Terror" des leuchtenden Pfad aufgeworfen und allgemeine Informationen zu Peru geliefert. Im El Locco

19.00 "Kirmes" Siehe 10. 5. 19.00. Im El Locco

21.00 "Clement Moreau - Wie man mit Bildern kämpft" Siehe 10. 5., 21.00. Im EL Locco

-20.00 Diavortrag zu §218 und den sog. Lebensschützern im Falckeladen, Falckensteinstr 46, nur für Frauen + Lesben
Ansonsten jeden 3.Mittwoch im Monat Frauen + Lesben-Antifakneipe

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

18.00 antifaschistisches Jugendcafé Schöneberg, mit Kickern, Tischtennis (besser Kellen mitbringen), Musik Hören, Getränken, Infomaterial und hoffentlich irgendwann auch endlich Videos. Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21

20.00 Volxküche in der besetzten Dachetage am Wassertorplatz, Eingang: Kohlfurter Str. 4

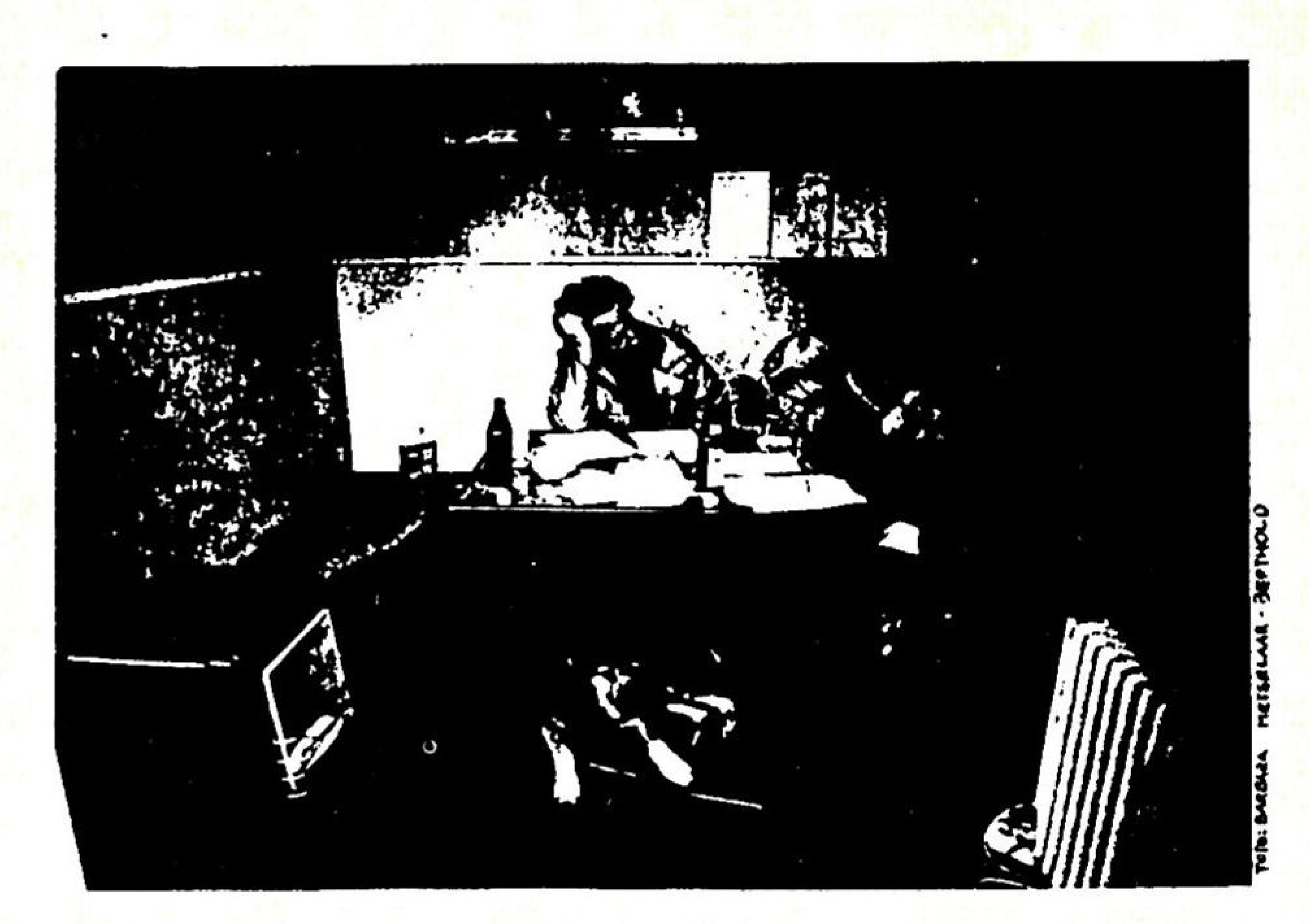
20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 17. 5.

17.00 Der kurdische Volksaufstand. Siehe 12. 5. 17.00. Im El Locco

1. - 3. Juni: Kongreß Radikale Linke in Köln, Zentralmensa der Universität, Zülpicher Str. 70

2 lustige Abende mit dem



Agenten kollektiv

Duisburg

Sonntag, 13.5. - 22 Uhr

Eine Stadt verliert die Fassung

(Agentenfilm aus Duisburg, So., WDR III, 23.05 Uhr) Der ehemalige Kiosk gegenüber Tor I des Rheinhausener Kruppwerks ist außen gekachelt und hat die Unscheinbarkeit einer stillgelegten öffentlichen Toilette. Ein Schild im Fenster: Agentenkollektiv Duisburg. Innen ein Holztisch, ein paar Stühle und eine Sitzbank, in einer Ecke Kronkorken. Ein Projektor wirft einen Film an die gegenüberliegende Wand, die Tonspur scheppert über einen kleinen Lautsprecher Marke uralt, und wir sitzen mit Halbliterkannen Pottpils in der Hand und Superachtflimmern in den Augen, konzentriert das Duisburger Treiben verfolgend, das sich da in aller Fülle über uns ergießt. Denn: „Jede zufällige soziale Bewegung muß in ihrem glasharten Kern als Teil der gesamten Duisburger Lebensgewohnheit erkannt werden... Entlang den Abfällen der Warenwelt nähern sich die Forscher den örtlichen Eingeborenen, welche sich in sogenannten ‚Gewerkschaften' gruppieren... Die Hoffnung der organisierten Arbeiterbewegung ist, ihre Mitglieder kollektiv in den Status des Sozialrentners zu überführen."

Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt geraten die Forscher in eine sportliche Massenveranstaltung, ins berüchtigte Duisburger Arbeitslosenrennen. „Tausende Leerläufer im Wettbewerb um Stellung und Anerkennung, markiert mit Schildchen vor dem Bauch — der Nummer ihrer Personalakte und der Firma, aus der sie entlassen sind." Es folgt ein codiertes O-Ton-Interview. Interviewer: „Darf ich ganz kurz mal fragen? Wie läuft's denn so?" — Marathonläufer: „Klasse. Man kann schön gucken rechts und links, tolle Verpflegungsstände und viele Läufer." — Interviewer: „Was sieht man rechts und links?" — Marathonläufer: „Die schönen Häuser, Publikum, alle freuen sich, schönes Wetter hier, ideal." Interviewer: „Danke schön, guten Lauf noch."

Inwieweit der Interviewte im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Duisburger Energiezentrale ein paar Tage später stehen könnte, bleibt uns überlassen. Moderne revolutionäre Energie verbirgt sich möglicherweise hinter Masken aus skurriler Normalität und in Namenlosigkeit. „In der Gelassenheit, mit der man hier Masse ist, liegt die Kraft zum utopischen Denken." Der Film geht 54 Minuten und ist prallvoll mit Geschichten, Bildern und spinnerten Ideen. Die Komik der Klasse. Ein wahrer, schöner und guter Film. ***stein***

Montag, 14.5. - 22 Uhr

PRÄSENTATION
der zweiten verbesserten Auflage
des Werkwerks für Autonome

<u>Programm</u>

1. Sozialismus aktuell

   - Verführung zu ansteckenden Gedanken
     Genre: Überredungskunst mit doppelter Zunge, das Blaue vom Himmel holend (unsere Liebe)

2. Von der Beziehungskrise im Kollektiv zur folie a' deux (sprich: Folia Dö) - das Agentenkollektiv als Schauflugunternehmen (Pilotprojekt)

   - Genuß ohne Reue
     Genre: rethorisch saubere Ansprache von allem Möglichen mit Korrektur der Gäste (unsere Qualität)

3. "Tod dem Individualismus - Es lebe die Autonomie"

   -Garantierte Lust auf mehr
   Genre: typische Versprecher des Agentenkollektivs (unsere geistige Ausstrahlung)

Syndikat

Weisestr.56

1/44

Projekt Destabilisierung

INFOLADEN

»SCHLAGLOCH«

Wir sind eine Gruppe von 15 Leuten zwischen 16 und 30 Jahren, die zur Zeit ein Hinterhaus ausbauen.
Dieses Haus wird der zukünftige Infoladen für unsere Dresdner Neustadt. Der Infoladen "Schlagloch" soll sozialen und kulturellen Zwecken dienen, da unser Gebiet ein Zentrum alter, sozial schwacher und junger Leute ist.
Außerdem soll hier der Sitz der Antifa-Gruppe, ein Treffpunkt für den Freundeskreis der Wehrdienstverweigerer/Innen sein, Sitzungen der HausbesetzerInnen stattfinden u.s.w.

BEI UNS LÄUFT:
- Mo : Antifa ab 18.00 Uhr
- Di :
- Mi, Do : Info + Buchausleih, Vorträge, Dias, Videos + Diskussionen, Volksküche (18-23.00 Uhr)
- Fr : Erzählstube für ältere Leute

+++ einmal in der Woche Friseurtag +++
+++ einmal im Monat Klamottenwaschtag +++
+++ wenn es warm ist - STRAßENCAFE +++

GEPLANT SIND: ein „Schlagloch-Info", Kinderfeste, Fahrradwerkstatt und eine Kleiderkammer

+++++++++ weitere durchführbare Ideen sind gefragt +++++++++
+++++++++++++ und natürlich die Leute !!!!! +++++++++++++++

SPENDEN: Wir brauchen für unser Projekt Euere Solidarität, um all das zu schaffen, was wir uns vorgenommen haben.
Ihr könnt uns unterstützen mit: Stühlen, Tischen, Matratzen, Geschirr, Infos, Bücher, Regale und Klamotten für eine Kleiderkammer ...

SCHAUT DOCH MAL REIN - WIR FREUEN UNS ÜBER EUREN BESUCH !
(Für Leute von außerhalb gibt es (A) Schlafmöglichkeiten)

Adresse: INFOLADEN „SCHLAGLOCH"
KAMENZER STR 17, DRESDEN 8060

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
23 Kiel 14

Pressemitteilung

Unter Verwendung des Absenders der Roten Hilfe e.V. hat ein sogenanntes "Antistalinistisches Säuberungskomitee" Post an eine uns unbekannte Anzahl von Menschen versandt

Durch mehrere Briefe, bei denen die Empfänger die Annahme verweigert haben und die somit in unserem Postfach landeten, haben wir davon Kenntnis erhalten.
Die bei uns eingegangenen Briefe sind am 29.1.90 in Heilbronn abgestempelt worden und enthalten ein faschistisches Flugblatt, das unter dem Motto:" Deutschland erwacht! Ja zur Einheit, zur Freiheit, zu GrossDeutschland" antikommunistische Propaganda enthält.
Das Absender/Anschriftfeld wurde von der Roten Hilfe - Zeitung 1/90 abkopiert und ist auf allen vorliegenden Umschlägen verwendet wurden.

Wir erklären hiermit ausdrücklich, daß die Rote Hilfe e.V. mit diesem Flugblatt nichts zu tun hat und distanzieren uns selbstverständlich von seinem Inhalt. Wir werten diese Aktion von Neonazis, als Versuch die Rote Hilfe zu diskredieren.

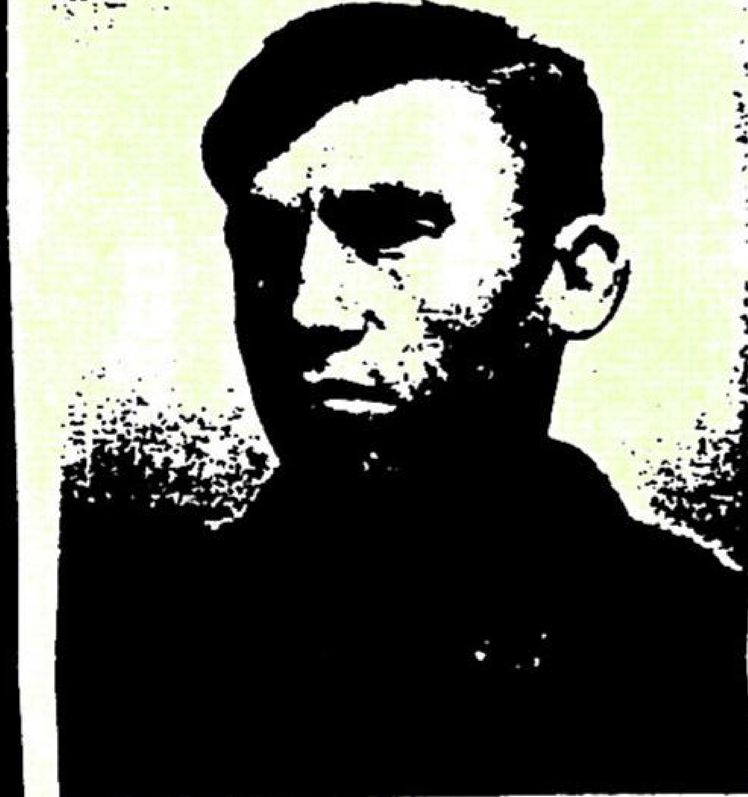
Als antifaschistische Schutzorganisation für Politsche Verfolgte aus der gesamten Linken unterstützt die Rote Hilfe natürlich auch Antifaschisten, die sich gegen den Naziterror zu Wehr setzen und deswegen von der Staatsmacht verfolgt werden, dies werden wir natürlich auch weiterhin tun, auch wenn es den Faschisten nicht passt.

Wir bitten alle angeschriebenen Zeitungen um Veröffentlichung des Inhalts dieser Mitteilung, da wir nicht wissen, wieviele und in welche Regionen diese Briefe verschickt worden sind.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland

Wir leben heute und hier nicht im Faschismus. Aber die Strukturen, die Faschismus ermöglich(t)en, wirken weiter, großteils ungebrochen. Sinnbild faschistischer Kontinuität in der BRD sind die großen bundesdeutschen Konzerne und Banken. Die riesigen Extragewinne, die sie im Nationalsozialismus durch Kriegsrüstung, »Arisierung« jüdischer Betriebe und durch den hunderttausendfachen Einsatz von ZwangsarbeiterInnen einstreichen konnten, retteten sie anstandslos in die BRD hinüber. Die Konzernherren, die im Dritten Reich zumindest profitierende Mitläufer, wenn nicht aktive Nazis gewesen waren, führten seit den 50er Jahren die Wirtschaft in der BRD, damit auch ihre Politik - eine personelle Kontinuität, die kaum zu übertreffen ist.



Namenlose sowjetische Zwangsarbeiter bei Daimler Benz

Mitte März 1988 griff die irakische Luftwaffe drei kurdische Dörfer mit Giftgas an. Mehrere tausend Menschen wurden dabei ermordet. Es waren hauptsächlich deutsche Firmen, die dem irakischen Regime Knowhow und Ausrüstung für die Giftgasproduktion geliefert hatten. Celans Wort vom Tod als einem Meister aus Deutschland bleibt für die kurdischen Menschen furchtbare Realität.

Auch die Behandlung von AusländerInnen in Deutschland selber hat Tradition. Schon seit Mitte des letzten Jahrhunderts sind sie Manövriermasse auf dem inländischen Arbeitsmarkt. Für die BRD-Realität heißt dies: Nach massiver Anwerbung als Billigarbeitskräfte in den 60er Jahren, folgt heute eine Politik der geschlossenen Grenzen. Die BRD (und in größerem Rahmen die EG) sind fast vollständig nach außen hin abgeschottet. Kaum noch ein Flüchtling vor Hunger und Unterdrückung schafft es bis hierher. Viele werden von bundesdeutschen Asylrichtern in den sicheren Tod abgeschoben. Gleichzeitig werden die Lebensbedingungen der hier lebenden AusländerInnen zunehmend unerträglich gemacht. In diesem Zusammenhang steht das neue Ausländergesetz, das am 11. Mai im Bundestag verabschiedet werden soll.

Offizielle Politik und der Rassismus in der deutschen Bevölkerung treffen und unterstützen sich hierbei. Die nationalsozialistische Vergangenheit, von den TäterInnen niemals ernsthaft aufgearbeitet, arbeitete unter der Oberfläche demokratischer Normalität weiter. Mit dem Fall der Mauer scheinen auch andere Barrieren gefallen zu sein - die alten Häßlichkeiten trauen sich wieder hervor, rassistisches und nationalistisches Denken ist wieder gesellschaftsfähig. Was lange angestaut war, darf sich endlich Bahn brechen: der Haß auf alles, was anders ist. Endlich darf MANN wieder auf Pollacken, Juden, Türken, ... schimpfen - und sich dabei in bester deutscher Gesellschaft fühlen.

Der 9. November soll als Tag der Öffnung der Mauer in einem großen Konsens zum gesamtdeutschen Feiertag gemacht werden - als Tag, an dem "zusammenwuchs, was zusammen gehört" - besoffen, polternd, schwitzend.

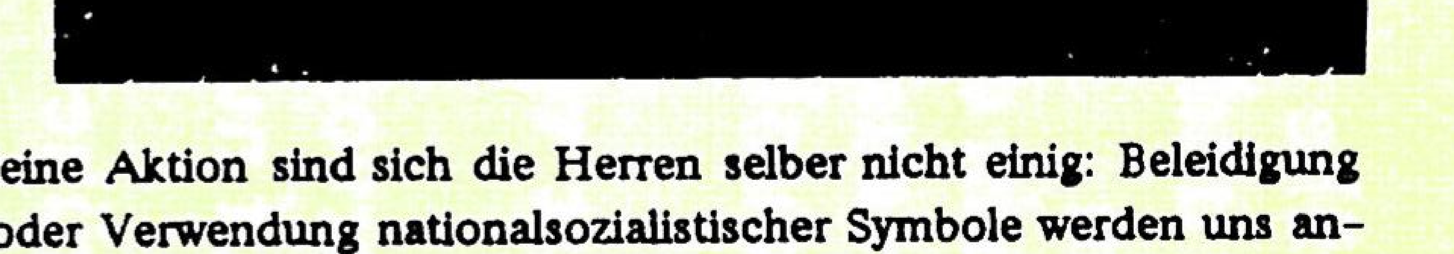
Der 9. November bleibt der Tag, an dem 1938 in der »Reichskristallnacht« die Synagogen von Deutschen angezündet, JüdInnen vergewaltigt und totgeschlagen wurden.

"Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, ward sein Bann bis heute nicht gebrochen." (Theodor W. Adorno)

"Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum." (Phillip Jenninger am 10.11.88, Gedenkrede im Bundestag anläßlich des 50. Jahrestags der »Reichskristallnacht«)

---

24. März 1990, Bonn - auf einer Demonstration gegen das geplante neue Ausländergesetz beschlagnahmen uniformierte Mannsbilder unser Transparent. Wir stehen bereits längere Zeit etwas abseits am Rande der Abschlußkundgebung, die bis dahin unbehelligt blieb. Das Transparent ist ein Blickfang, PassantInnen bleiben stehen. Ein paar ältere Deutsche, denen ihr Vaterland ums Verrecken näher ist als die Existenz anderer Menschen, fühlen sich persönlich provoziert und beleidigt.



Plötzlich, aus heiterem Bonner Frühlingshimmel, stehen sechs grüne Uniformen hinter uns. Wir sind völlig baff und tun brav, was uns gesagt wird. Das Transparent wird eingerollt und beschlagnahmt, wieder einmal werden Personalien registriert. Als Erinnerung an unser schönes Transparent bleibt uns ein Polaroid-Foto und eine Quittung der deutschen Polizei.

Über die Begründung für diese kleine Aktion sind sich die Herren selber nicht einig: Beleidigung des Staates, Beleidigung von Passanten oder Verwendung nationalsozialistischer Symbole werden uns angeboten. Letzteres als besonders zynische Variante unseres RECHTSstaates - AntifaschistInnen wegen Werbung für Nationalsozialismus zu kriminalisieren hat Tradition.

"Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"

Paul Celan (1920-1970) schrieb diesen Satz in seinem Gedicht "Todesfuge". Celan war Jude, Nazis ermordeten seine Eltern in einem Vernichtungslager. Das Gedenken der Opfer des Faschismus ist ein zentrales Thema seiner Dichtung. Sie versucht, so präzise wie möglich, über Unsagbares wie die Greuel von Auschwitz zu schreiben.

Der Aachener Wandmaler hat das Zitat von Celan in einem Wandgemälde verarbeitet, das unserem Transparent als Vorlage diente.

Die Greuel des Nationalsozialismus und ihre Systematik bleiben zum Teil bis heute unbegreiflich; erst recht lassen sie sich nicht in kurzen Sätzen darstellen. Doch es bleibt in Zeiten, wo MANN wieder stolz darauf ist, Deutscher zu sein, notwendig zu erinnern: an die industrielle Vernichtung von Menschen in Lagern, an die fast vollständige Auslöschung des europäischen JüdInnentums, an den Völkermord in Polen und der Sowjetunion, an die Liquidierung der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Damit sich Deutschland in alter Selbstherrlichkeit umarmen kann, soll heute diese Erinnerung entsorgt werden.

Paul Celan *Todesfuge*

Schwarze Milch der Frühe wir trinken sie abends
wir trinken sie mittags und morgens wir trinken sie nachts
wir trinken und trinken
wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng
Ein Mann wohnt im Haus der spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarete
er schreibt es und tritt vor das Haus und es blitzen die Sterne er pfeift seine Rüden herbei
er pfeift seine Juden hervor läßt schaufeln ein Grab in der Erde
er befiehlt uns spielt auf nun zum Tanz

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich morgens und mittags wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
Ein Mann wohnt im Haus und spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarete
Dein aschenes Haar Sulamith wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng

Er ruft stecht tiefer ins Erdreich ihr einen ihr andern singet und spielt
er greift nach dem Eisen im Gurt er schwingts seine Augen sind blau
stecht tiefer die Spaten ihr einen ihr andern spielt weiter zum Tanz auf

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags und morgens wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarete
dein aschenes Haar Sulamith er spielt mit den Schlangen

Er ruft spielt süßer den Tod der Tod ist ein Meister aus Deutschland
er ruft streicht dunkler die Geigen dann steigt ihr als Rauch in die Luft
dann habt ihr ein Grab in den Wolken da liegt man nicht eng

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags der Tod ist ein Meister aus Deutschland
wir trinken dich abends und morgens wir trinken und trinken
der Tod ist ein Meister aus Deutschland sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarete
er hetzt seine Rüden auf uns er schenkt uns ein Grab in der Luft
er spielt mit den Schlangen und träumet der Tod ist ein Meister aus Deutschland